

**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Signatur**

**B** 15734





Preis 60 Pfennig.

## Zeitsfragen.

Abtheilung Sozial-Politik. Heft 14.

Die  
Alters- und Invaliden-  
Versicherung,  
Vorschläge zu ihrer Verwirklichung.

Von

Dr. von Steinberg-Skirbs,  
General-Mrzt z. D.



Berlin, Fr. Kortkamp.

Buchhandlung für Staatswissenschaften und Geschichte.  
Verlag der Reichs-Gesetze.

1884.





Zeitsfragen.

Abtheilung Sozial-Politik. Heft 14.

---

Die  
Alters- und Invaliden-  
Versicherung,  
Vorschläge zu ihrer Verwirklichung.

Von

Dr. von Steinberg-Skirbs,  
General-Arzt z. D.



3957

---

Berlin, Fr. Kortkamp.

Buchhandlung für Staatswissenschaften und Geschichte.  
Verlag der Reichs-Gesetze.  
1884.





## Vorwort.

---

Die Unterstützung aller Hilfsbedürftigen, vom verlassenen Kinde in Windeln bis zum Greise am Bettelstabe, gehört zu den gesetzlichen Pflichten und Lasten der Gemeinden. Diese Armenlast ist seit dem Aufschwunge unserer Industrie von Jahr zu Jahr gewachsen und für die Gemeinden so schwer geworden, daß eine Erleichterung für dieselben durch Reform der Armen-Gesetzgebung als notwendig anerkannt wird. Sie besteht aus den drei Gesetzaufgaben, welche dem Reichstage mittelst der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 vorgelegt sind, nämlich aus dem Krankenversicherungsgesetz, dem Unfall-Versicherungsgesetz und der Alters- und Invaliden-Versicherung.

Wir beschränken uns hier auf die Betrachtung der letzterwähnten Aufgabe: sie soll den Gemeinden des Reichs alle altersschwachen und invaliden Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts abnehmen, weit über 4 Millionen an Zahl, sie soll dies größtenteils auf dem Wege der Selbsthilfe ermöglichen, indem der größere Teil der Kosten von mindestens 47 691 400 Mark jährlich durch Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber aufgebracht, dagegen der kleinere Teil nicht, wie bisher von den Gemeinde-Verbänden, sondern von einem größeren Verbande übernommen wird.

Wir wollen versuchen, diese in das Gemeinwesen unserer Nation tief einschneidende Reform durch Heraus Schälen ihrer einzelnen Grundsätze klar zu stellen und glauben es leichter zu erreichen, wenn wir die Grundzüge der Altersversorgung in England, Belgien und



Frankreich\*) voranstellen, weil diejenigen Erfahrungen, welche sich in diesen drei Staaten übereinstimmend nützlich erwiesen haben, auch für Deutschland Beachtung verdienen, und weil selbst die ungünstigen Ergebnisse zur Vermeidung von Irrwegen nicht unbeachtet bleiben dürfen.

---

\*) Die Regierung von Dänemark hat vor Kurzem dem Folkething einen Gesetzentwurf über „Altersversorgung“ vorgelegt, welcher im Morgenblatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ No. 514 unter dem 3. November 1883 veröffentlicht ist.

## Grundzüge der Altersversicherung in England, Belgien und Frankreich.

England hat für die Unterstützung altersschwacher Arbeiter zwei Gesetze: das große Armeengesetz und das Leibrentengesetz. Ohne es auszusprechen, unterscheiden diese Gesetze zwei Arbeiter-Kategorien, das erste sorgt für Arbeiter mit niedrigem Lohn und mit so geringer Willenskraft, daß sie keinen Pence ersparen, — das zweite nimmt auf Arbeiter Bedacht, welche vermöge größerer Leistungsfähigkeit einen höheren Lohn erwerben und erhebliche Ersparnisse zurücklegen können. Wir heben aus dem großen Armeengesetz\* nur zwei, unseren Gegenstand berührende Grundzüge hervor, nämlich erstens, daß zu allen den Hilfsbedürftigen, welche dieses Gesetz unterstützt, auch die Altersschwachen gehören, und zweitens, daß die erforderlichen Kosten von den Bemittelten der ganzen Nation aufgebracht werden. Zu letzterem Zweck ist das Land in circa 624 Armen-Verbände geteilt, von welchen jeder einzelne die Geldmittel durch eine steigende Einkommensteuer erhebt. Zu dieser Steuer (Poor rate) werden auch weniger bemittelte z. B. diejenigen Einwohner herangezogen, welche eine jährliche Wohnungsmiete von 180 Mark zahlen. Die Gesamtsumme dieser Steuer betrug 1874 und 1875 für England und Wales mit  $23\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern im Durchschnitt jährlich 135 Millionen Mark; außerdem aber giebt die Staatskasse\*\* alljährlich, also mit Bewilligung des Parlaments, noch eine Beihilfe von 18 Millionen Mark, um die Kosten für die Aufsicht über die Ausführung dieses Gesetzes zu decken.

Für die zweite Arbeiter-Kategorie mit höherem Lohn besteht das Leibrentengesetz, nach welchem ein Arbeiter von 30 Jahren, welcher durch zurückgelegte Ersparnisse sich ein kleines Kapital von rund 423 Mark erworben hat, und dieses an die Leibrenten-Kasse zahlt, nach 30 Jahren, also in seinem 60 Lebensjahre eine bis zu seinem Tode fortlaufende Rente von 210 Mark erhält. Es ist auch zulässig, daß Arbeiter von 40 Jahren dieselbe Rente erwerben können, jedoch nur durch Einzahlung eines Kapitals von 800 Mark.

\* Dr. Rudolph Gneist. Das heutige englische Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Berlin 1857. II. Hauptteil. Ahtes Kapitel S. 638 bis 737.

\*\* Zeitschrift des kónigl. Preussischen Statistischen Büreaus, Jahrgang 18, Seite XXI.



Das Leibrentengesetz enthält keine zwingende Beitritts- und Zahlungspflicht, aber die Arbeiter werden zum freiwilligen Eintritt als Mitglieder in die Leibrenten-Kasse dadurch bewegt, daß diese keinen Selbsterwerb erstrebt, daß sie die fälligen Rentenzahlungen nie einstellen, nie bankrott werden kann, denn sie steht unter staatlicher Garantie.\* Dieses letzte Gesetz ist für die Arbeiter und für die Armen-Verbände von großem Nutzen, denn es veranlaßt viele höher gelohnte industrielle Arbeiter und viele Dienstboten mit höherem Lohn zum Eintritt in die Leibrentenkasse und verwandelt auf diesem Wege der Selbsthilfe eine große Zahl von Arbeitern, welche sonst im Alter als Hilfsbedürftige den Armen-Verbänden zur Last fallen würden, in Renten-Empfänger, es vermindert also die Zahl der Hilfsbedürftigen.\*\*

In Belgien und Frankreich liegt den Gemeinde-Verbänden die Verpflichtung zur Unterstützung ihrer Hilfsbedürftigen ob. Aber als diese Unterstützung mit der Entwicklung ihrer Industrie, mit der Zunahme ihrer Fabriken, ihrer Arbeiter und ihrer Hilfsbedürftigen unzureichend wurde, da erfaßte Belgien zuerst den Gedanken des englischen Leibrenten-Gesetzes: die Mehrzahl aller Hilfsbedürftigen, nämlich die Altersschwachen, auf dem Wege der Selbsthilfe mittels einer, vom Staat garantierten und verwalteten Rentenversicherung den Gemeinden abzunehmen. Es erließ zu diesem Zweck im Jahre 1850 das „Gesetz über die Altersversorgungskasse“, und Frankreich folgte noch in demselben Jahre mit dem „Gesetz über die Gründung einer Versorgungs- und Leibrenten-Kasse“\*\*\*

Beide Gesetze verfolgen das Ziel: allen Arbeitern ohne Unterschied des Lohnes die Erwerbung einer Rente für's Alter möglich zu machen, indem sie mit Rücksicht auf die niedrigeren Lohnstufen als geringsten Beitrag 5 Franks = 4 Mark feststellen. Ebenso hat die Ausfertigung kleiner Rentenbriefe von 24 Franks den Zweck, die Arbeiter mit niedrigem Lohn zur Fortsetzung jener kleinen Einzahlungen von 5 Franks anzuregen. Die Einzahlung wird von allen Arbeitern, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben, angenommen, und die Renten werden in Belgien mit dem beginnenden 56., in Frankreich schon mit dem 50. Jahre gezahlt.

Diese Gesetze enthalten jedoch keine Bestimmung, welche eine jährlich fortgesetzte Zahlung des kleinsten Beitrages von 5 Franks obligatorisch anordnet, und dieser Mangel macht die Gesetze für die Mehrzahl der niedrig gelohnten Arbeiter wirkungslos, denn wenn es für diese Arbeiter auch nicht schwer sein mag, ein Jahr hindurch die von ihrem Wochenlohn gemachten Ersparnisse so lange bei Seite zu legen, bis sie den niedrigsten Beitrag von 5 Franks zur Einzahlung

\* Das Leben des Prinzen Albert, Prinz-Gemahls der Königin von England, von Ph. Martin. Uebersetzt von Lehmann, 3. Band, Seite 171—173.

\*\* Es verdient noch heute jene klassische Rede die höchste Anerkennung, welche der verewigte Gemahl Ihrer Majestät der Königin Viktoria, Prinz Albert, am 16. Mai 1849 vor der Gesellschaft *Servant's Provident and Benevolent Society* in London zur Verbreitung des Verständnisses dieses Gesetzes gehalten hat. Sie ist ihrem Inhalt nach in dem Werk von Martin angegeben. (Vorige Nummer!).

\*\*\* Mitteilungen des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, 7. und 8. Lieferung 1850, von Dr. Glaser, Seite 124 und 128. Berlin bei Veit & Co.



an die Kasse erreichen, so setzt doch eine viele Jahre ohne Unterbrechung fortgesetzte Zahlung von 5 Franks eine Willenskraft voraus, welche bei ihnen, besonders im jugendlichen Alter nur selten zu finden ist. Und doch kann ohne diese regelmäßig fortgesetzte Einzahlung die Renten-Versicherung, wie wir später nachweisen werden, kein nennenswertes Resultat erzielen.

Indessen ist dieser Umstand für Belgien weniger wichtig, weil dieser Staat mit  $5\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern und mit einer über das ganze Land ausgedehnten Industrie in seiner Arbeiterbevölkerung meistens industrielle und gewerbliche Arbeiter hat, welche höheren Lohn erhalten und daher erhebliche Beiträge an die Renten-Versicherung ohne fühlbare Einschränkung jährlich zahlen können, zumal ihre Arbeitgeber dazu mitwirken. Hier treten deshalb die Folgen einer mangelnden obligatorischen Bestimmung des Gesetzes nicht hervor. Aber in Frankreich mit 37 Millionen Einwohnern, von welchen (nach Alfred Bannard)  $19\frac{1}{2}$  Millionen dem Ackerbau, Weinbau und der mit ihnen teilweise verbundenen Industrie, dagegen nur  $9\frac{1}{2}$  Millionen industriellen Anstalten und Fabriken angehören, — da bezieht eine recht erhebliche Minderheit der Arbeiter niedrigen Lohn und für diese Kategorie ist die Renten-Versicherung aus den schon angegebenen Gründen von keinem erheblichen Nutzen. Trotzdem wird dieses Gesetz auch in Frankreich für alle höher gelohnten Arbeiter eine Wohlthat und dadurch, daß aus dieser Kategorie nur wenige Hilfsbedürftige der Armenkasse zufallen, auch für die Gemeinden eine Erleichterung ihrer Armenlast.

### Die gesetzlichen Organe zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen in Deutschland.

In Deutschland liegt, wie sich aus der Schrift des Oberlandesgerichtsrats Dr. juris Silberichlag „Sociale Gesetzgebung und Armenpflege“ ergibt, die Armenpflege seit der Reformation den Gemeinden ob.

In Preußen bestanden seit der Regierung des ersten Königs Friedrich I. bis zum Jahre 1842 für die Unterstützung der Hilfsbedürftigen zwei gesetzliche Organe: die Gemeinden und der Staat, der letztere war jedoch nur subsidiarisch verpflichtet, wenn die Leistungskraft der Gemeinden nicht ausreichte.

Erst das Armen-Gesetz vom 31. Dezember 1842 schiebt zwischen diese beiden Organe den Landarmen-Verband ein, d. h. eine Anzahl von Ortsarmen-Verbänden, deren Umfang häufig mit dem der Provinz zusammenfällt. Dieser Landarmen- resp. Provinzial-Verband ist also bei eintretendem Unvermögen der Gemeinde-Verbände in zweiter Reihe zur Unterstützung verpflichtet.

Der Staat wird in diesem Gesetz nicht ausgeschlossen und bleibt daher das dritte und letzte Hilfsorgan.

Diese Grundlage ist in den beiden neuesten Gesetzen unverändert geblieben, nämlich in dem Gesetz des Norddeutschen Bundes über den



Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 und in dem Reichsgesetz vom 8. November 1872. Letzteres stellt nur an die Stelle des Staats resp. Norddeutschen Bundes das Reich und sein erster Paragraph lautet:

„Jeder Deutsche ist in jedem Bundesstaat in Bezug auf die ihm im Fall der Hilfsbedürftigkeit zu gewährende Unterstützung und in Bezug auf den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes als Inländer anzusehen.“

Dieses sind die Fundamente der bezüglichen Gesetzgebung in Deutschland: sie verdienen unsere höchste Achtung, weil sie zu Gunsten der Hilfsbedürftigen drei Verbände organisiren und im Unvermögensfalle den Appell des kleineren Verbandes an den größeren Verband anordnen, worauf wir später zurückkommen werden.

## Vorschläge für einen Gesetzentwurf über Alters- und Invaliden-Versicherung in Deutschland.

### 1.

Der Regierungsrat Kretschmann hat in einer Broschüre „Die Altersversorgung der Arbeiter in Deutschland“ den finanziellen Teil dieser Gesetzaufgabe gelöst und die Grundsätze für dieselbe vorgeschlagen, so daß uns zur Verbreitung des Verständnisses derselben nur übrig bleibt, die einzelnen Grundsätze nach ihrem Entwicklungsgange herauszuheben und jeden einzelnen nach seinem Zweck und Nutzen klar zu begründen, alsdann die Invaliden-Versicherung als ein zusammengehöriges Ganzes anzuschließen.

Zuerst wollen wir die Zahl der Arbeiter ermitteln, welche für die Altersversorgung in Betracht kommen, demnächst das Lebensalter feststellen, in welchem ihre Arbeitskraft schwindet, und endlich aus jener Zahl diejenigen Personen herauszählen, welche dieses Alter überschreiten.

Nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882\* werden in der No. I. Beilage No. I die Arbeiter und Gehülfen nach ihren verschiedenen Berufszweigen zusammengestellt und ergeben die Gesamtzahl von  
**16 964 542.**

No. II. Hiervon kommen jedoch mehrere Jahrgänge, welche nicht zu fortlaufenden Beiträgen herangezogen werden, in Abzug und bleiben alsdann nach Beilage No. II noch

**13 370 000**

männliche und weibliche Arbeiter als Mitglieder für die Altersversicherung.

\* Im Morgenblatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ No. 180 vom 20. April 1883 sind die vorläufigen Hauptergebnisse der Berufszählung vom 5. Juni 1882 veröffentlicht. Wir haben diese benutzt, indessen nur die Arbeiter und Gehülfen gezählt.



Schwieriger ist es, aus dieser Zahl zu ermitteln, wie viele durch's Alter hilfsbedürftig werden, denn bei einer Volksklasse, welche sich ihren Unterhalt lediglich durch körperliche Arbeit erwirbt, wird das Lebensjahr, in welchem die Arbeitskraft zu schwinden beginnt, sehr verschieden angenommen, je nachdem die Arbeit mehr oder weniger Kraftaufwand fordert, je nachdem sie unter der Einwirkung schädlicher Einflüsse und unter günstigen oder ungünstigen Lohn- und Verpflegungsverhältnissen stattfindet. England nimmt nach seinem Leibrenten-Gesetz, welches besonders den hochgelohnten, also besser verpflegten und daher meistens länger lebenden Arbeitern zu gute kommt, das 60. Jahr an, dagegen hat Belgien, dessen Altersversorgungs-gesetz auch dem niedrig gelohnten Arbeiter helfen will, das 56., und Frankreich in seinem Gesetz sogar das 50. Lebensjahr als den Lebensabschnitt bezeichnet, in welchem die Arbeitskraft schon zum Teil verbraucht ist.

Unsere Altersversicherung soll gleichfalls beide, die hoch und niedrig gelohnten Arbeiter berücksichtigen. Ob diese Arbeiter, von welchen ein Teil schon mit dem vollendeten 14. Jahre unter dem Wechsel von Regen und Sonnenbrand zu dienen beginnt, noch im 56. Jahre mit voller Kraft arbeiten können, wird am richtigsten auf praktischem Wege ermittelt. Man frage bei den kleinen Besitzern und Bauern an, ob sie einen Knecht, oder eine Magd von 56 Jahren mieten, — man frage ferner die Hausfrauen der Mittelstände, ob sie ein Dienstmädchen von 56. Jahren in ihren Dienst nehmen? Die Antwort wird meistens lauten: Sie haben nicht mehr die volle Arbeitskraft, welche unser Dienst fordert. Man kann zwar einen Nachweis über alle männlichen und weiblichen Arbeiter des Reichs, welche nach vollendetem 55. Jahre wegen Altersschwäche von den Gemeinden Unterstützung erhalten, zusammenstellen, aber dieser Nachweis würde nicht die volle Zahl aller wirklich Unterstützungsbedürftigen einschließen, weil die Landgemeinden meistens nur solche Altersschwache unterstützen, welche im Greisenalter stehen, oder als gänzlich arbeitsunfähig von Jedermann erkannt werden. Denn diejenigen, deren Arbeitskraft nicht ganz, sondern nur halb oder größtenteils verbraucht ist, — deren Muskelkraft nur schwächer, deren Bewegungen nur schwerfälliger und langsamer, deren Gelenke nur steifer und deren Gehör nur härter geworden, — also zu leichten Arbeiten noch verwendbar sind, diese werden von einer Unterstützung meistens ausgeschlossen.

Unsere kleinen Grundbesitzer und Bauern, welche durch geringes Anlage-Kapital genötigt werden, die volle Arbeitskraft ihrer Leute in Anspruch zu nehmen, entlassen meistens solche Arbeiter, welche das 55. Lebensjahr überschreiten, denn ihre kleinen Jahres-Einnahmen erlauben ihnen nicht, mit geschwächten, schwerfälligen und langsamen Kräften zu wirtschaften. Diese sind daher genötigt, eine ihrem Kraftmaß entsprechende leichtere Arbeit zu suchen, also zu wandern.

Auf diesem praktischen Wege gelangen wir zu der Ueberzeugung, daß in Deutschland die Arbeitskraft bei den ländlichen Arbeitern mit dem vollendeten 55. Lebensjahre zum Teil verbraucht ist. Wenn wir ferner bedenken, daß in dem benachbarten Belgien, wo die über-

\* Auch die Dänische Regierung hat das 56. Lebensjahr in seinem Gesetzentwurf über Altersversorgung angenommen.



wiegende Mehrzahl aus industriellen Arbeitern besteht, für das Altersversorgungsgesetz das 56. Jahr festgehalten wird so glauben wir auch für unsere industriellen und gewerblichen Arbeiter in Deutschland das 56. Lebensjahr als den Anfang der Altersschwäche, mithin der Unterstützungsbedürftigkeit annehmen zu müssen.

Noch mehr befestigt werden wir in dieser Ueberzeugung durch die Sterblichkeit unter Arbeitern.

Wir können zwar ganz zutreffende Sterblichkeitsziffern allein für Arbeiter erst nach dem Erlaß eines Gesetzes über die Altersversicherung der Arbeiter erlangen, indessen besitzen wir eine, aus dem Vergleich der Lebenden und Gestorbenen in sechs verschiedenen Jahren für jedes Lebensalter berechnete Sterblichkeitstafel für den Preussischen Staat, welche amtlich veröffentlicht ist\*. Diese schließt allerdings den wohlhabenden, also etwas länger lebenden Teil der Bevölkerung mit ein, aber sie kann auch für die Arbeiterbevölkerung als annähernd richtig anerkannt werden.

No. III. Mit Zugrundelegung dieser Sterblichkeitstafel ist die in der Beilage No. III enthaltene Berechnung angefertigt und giebt uns den speziellen Nachweis, daß von 13 370 000 Personen nur

**4 258 875,**

also rund der dritte Teil (3,14) das 56. Lebensjahr überschreitet. Dieses Drittel lebt nach der Sterblichkeitstafel im Durchschnitt nur noch  $16\frac{1}{2}$  Jahre\*\*, und es wird sich diese durchschnittliche Lebensdauer für Arbeiter noch als eine kürzere herausstellen, wenn wir eine Sterblichkeitstafel für Arbeiter allein erlangt haben werden.

Auch im Hinblick auf diese Sterblichkeitsverhältnisse möchten wir, ebenso wie es die Regierungen zweier benachbarter Staaten (Belgien und Dänemark) übereinstimmend gethan haben, für die arbeitende Bevölkerung kein späteres Alter, als das 56. Lebensjahr in Vorschlag bringen; denn wollten wir z. B. das 58. Jahr annehmen, so würden von 13 370 000 nur noch 3 732 251, also rund ein Viertel dieses Alter erreichen, und es würden alljährlich **526 624** Arbeiter, welche zwischen dem 56. und 58. Lebensjahre stehen\*\*\*, von der Unterstützung durch dieses Gesetz ausgeschlossen werden. Allerdings besitzt unter diesen 526 624 Arbeitern ein kleinerer Teil noch die volle Kraft, — denn das Schwinden derselben erfolgt allmählich, es beginnt

\* Zeitschrift des Statistischen Büreaus, 19. Jahrgang, Seite 17.

\*\* Die durchschnittliche Lebensdauer ergibt sich aus folgender Berechnung: Man zählt die Anzahl der Kalenderjahre zusammen, welche alle zwischen dem vollendeten 55. und 101. Lebensjahre stehenden Personen bilden und dividirt diese Summe durch die Zahl der Personen, welche in dem Alter vom vollendeten 55 bis 101ten Jahre stehen.

\*\*\* Nach der Sterblichkeitstafel (S. Beilage No. III) leben:

im 56. Lebensjahre:

129 415 männliche Personen,

123 588 verheiratete weibliche Personen,

13 801 unverheiratete weibliche Personen,

im 57. Lebensjahre:

125 562 männliche Personen,

120 772 verheiratete weibliche Personen,

13 486 unverheiratete weibliche Personen,

Summa 526 624 Personen.



bei Einigen schon im 50., bei sehr Wenigen erst im 60., aber bei der größten Mehrzahl im 56. Lebensjahre, -- indessen kann doch ein Wohlthätigkeits-Gesetz für Arbeiter den Altersanfang nicht nach der Minderzahl, sondern nur nach der Mehrzahl, also auf das 56. Jahr feststellen, zumal die kleine Zahl, welche vom 56. Jahre aufwärts noch kurze Zeit die volle Arbeitskraft besitzt, durch die zu früh empfangene Unterstützung nicht in die Lage versetzt wird, die Hände in den Schoß zu legen, denn nach Abschnitt 6 soll die Altersrente nur 30 Pfennige pro Tag betragen und eine solche Rente macht die Arbeit doch nicht entbehrlich. Leichter wäre es zu rechtfertigen, wenn man wegen der finanziellen Vorteile bei der Wahl zwischen dem 56. und 58ten Jahre hin und her schwankte, denn wenn das 56. Jahr gewählt wird, so bringen die Beiträge der 13 370 000 Arbeiter und ihrer Arbeitgeber (bei 4 Mark jährlich) nach dem 8. Abschnitt 63 588 534 Mark jährlich auf, -- wenn aber das 58. Jahr gewählt wird, so bringen sie jährlich 2 448 372 Mark mehr auf. Geldinteressen können jedoch nicht zu dem Beschluß verleiten, die bei der Mehrzahl mit dem 56. Jahre naturgemäß beginnende Altersschwäche durch ein Gesetz auf das 58. Jahr zu verschieben, denn dadurch würde der Zweck des Gesetzes zum Teil verfehlt, insofern rund eine halbe Million Arbeiter im Reich auf den Wanderstab angewiesen sein würde.

Wir empfehlen daher für die Altersversicherung der Arbeiter als ersten Grundsatz:

1. Der Beginn des 56. Lebensjahres ist als derjenige Lebensabschnitt zu bezeichnen, in welchem die Arbeitskraft zum Teil verbraucht ist und die Unterstützungsbedürftigkeit beginnt.

## 2.

Auf welchem Wege können die 4 258 875 Altersschwache, welche zwischen dem 56. und 101. Lebensjahre stehen, versorgt werden?

Wenn wir die Ergebnisse wiederholter Volkszählungen in England, Frankreich, Belgien und Preußen in Bezug auf die Sterblichkeit\* innerhalb eines jeden dieser Staaten mit einander vergleichen, so finden wir, daß die Sterblichkeit in jedem Lebensalter vom 2. bis 101. Jahre nur unerhebliche Verschiedenheiten darbietet, aber wir finden eine völlige Uebereinstimmung darin, daß vom 60. Jahre aufwärts das Leben schneller verläuft und nach einer Durchschnittsberechnung mit dem 73. Jahre endet.

Aus diesem bei allen Nationen im Wesentlichen gleichbleibenden Sterblichkeits-Verhältniß ergibt sich, -- um mit Quetelets Worten zu sprechen -- ein Naturgesetz, welches in allen Staaten durch Gründung von Lebens- und Renten-Versicherungen für die menschliche Gesellschaft nutzbar gemacht und von den vorerwähnten drei Staaten zur Gründung einer Altersversicherung der Arbeiter benutzt wird.

\* In der Zeitschrift des preussischen Statistischen Büreaus, 19. Jahrgang, Heft I. und II. S. 20 sind die Sterblichkeitstafeln der größten Lebens- und Renten-Versicherungs-Anstalten verschiedener Staaten veröffentlicht.



Wir wollen diesen Weg für die Alters-Versicherung unserer 13 370 000 Arbeiter gleichfalls einschlagen, jedoch unter folgenden Bedingungen:

1. daß die Arbeiter während ihres rüstigen Alters, nämlich vom Beginn ihres 19. bis zum Beginn ihres 56. Lebensjahres ohne Unterbrechung einen Beitrag an die Rentenversicherung zahlen, und
2. daß bei ihrem eventuell vor Beginn des 56. Lebensjahres eintretenden Tode der eingezahlte Beitrag den Ueberlebenden verbleibt und für sie zinsbringend verwaltet wird.

Der Nutzen der ersten Bedingung liegt in der Vervierfachung der eingezahlten Beiträge durch die Zinsezinsen, 4 vom Hundert in 37 Jahren, — und der Nutzen der zweiten Bedingung entsteht aus der Sterblichkeit der Arbeiter, welche bei den nahezu gleichen Lebensverhältnissen derselben eine annähernd gleiche ist; es bilden daher auch die Beiträge der Verstorbenen eine nahezu gleichbleibende Summe, mithin das Grundkapital der Rentenversicherung.

Dies ergibt sich aus Folgendem:

Wenn unsere 13 370 000 Arbeiter als Mitglieder in die Rentenversicherung eintreten, und wenn wir annehmen, daß sie mit dem beginnenden 19. bis zum vollendeten 55. Jahre, also im Ganzen 37 Jahre an die Rentenversicherung Beiträge zahlen und zwar die männlichen und unverheiratet gebliebenen weiblichen Mitglieder 3 Mark, dagegen die weiblichen Mitglieder, welche sich im Laufe der Jahre verheiraten, vor der Verheiratung im Ganzen 16 Mark, so belaufen sich die Beiträge derjenigen Mitglieder, welche im Laufe der 37 Jahre gestorben sind, mit Einrechnung der Zinsezinsen nach der Beilage No. IV auf 28 221 639 Mark.

No. IV.

Dieses Kapital erreicht diese Höhe zwar erst nach 37 Jahren, aber wenn alle jüngeren Arbeiter-Generationen mit dem Eintritt in ihr 19. Lebensjahr Mitglieder der Rentenversicherung werden und den vorerwähnten Beitrag zahlen, so erneuert sich dieses Kapital nach Ablauf der 37 Jahre jedes folgende Jahr bis zu derselben Höhe.

Eine Rentenversicherung ist daher für unsere 13 370 000 Arbeiter die nützlichste Einrichtung zur Versorgung ihres Alters, denn es erben diejenigen, welche das 56. Lebensjahr erreichen, von ihren verstorbenen Mitgliedern

**28 221 639 Mark.**

Diese Erbschaft muß den Arbeitern unverkürzt verbleiben.

Den Privat-Rentenversicherungs-Gesellschaften kann man nicht zumuten, neben dem gemeinnützlichen Zweck auf jeden Selbsterwerb Verzicht zu leisten. Letzteres kann, wie in England, Frankreich und Belgien\*, so auch in Deutschland nur vom Staat erwartet werden.

Deshalb wird für die Altersversicherung der Arbeiter als zweiter Grundsatz vorgeschlagen:

\* Auch in Dänemark soll die dem Folkething vorgelegte Altersversorgung unter Staats-Garantie gestellt und auf Staatskosten eingerichtet und verwaltet werden. Norddeutsche Allgem. Zeitung No. 512.



2. Eine Rentenversicherung unter staatlicher Garantie und Verwaltung ist für alle männlichen und weiblichen Arbeiter „der rechte Weg“, um sich durch Einzahlung ihrer Ersparnisse eine lebenslängliche Rente für ihr Alter zu erwerben.

### 3.

Diesen Grundsatz haben jene drei Staaten übereinstimmend angenommen, aber die Beitragszahlung den Arbeitern nicht zur gesetzlichen Pflicht gemacht.

Wir erwähnten bereits, daß dieser Mangel das Gesetz nur für die höher gelohnten industriellen Arbeiter nutzbar gemacht hat und betonten zugleich, daß diese Arbeiter-Kategorie in den Industrie-Staaten die überwiegende Mehrheit bildet.

In Deutschland finden wir jedoch das Gegentheil, denn von den 13 370 000 Arbeitern, welche Mitglieder der Altersversicherung werden sollen, gehören nach der Berechnung in Beilage No. XII nur **3 228 478** der Industrie und dem Gewerbe an, während die übrigen **10 141 522** der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Jagd und zum Gesinde gehören. Diese beziehen meistens einen niedrigen Lohn, besonders die ländlichen Arbeiter, und würden wohl ohne obligatorische Bestimmung ebenso wenig, wie in jenen drei Staaten, ihre Sparpfennige 37 Jahre hintereinander zur Rentenkasse tragen.

Aber für Deutschland kommt nicht bloß das verschiedene Zahlen-Verhältniß jener Arbeiter-Kategorien in Betracht, sondern auch der verschiedene Volks-Charakter. Die allgemeine Wehrpflicht, welche schon seit zwei Menschenaltern in Fleisch und Blut unserer Nation übergegangen ist, hat eine erziehende Kraft geäußert: Der größere Theil der ländlichen Arbeiter tritt in die Armee ein und gelangt in dieser Schule der obligatorischen Bestimmungen zu der Ueberzeugung und Gewohnheit, daß eine gemeinnützliche Einrichtung für ihn gar nicht gegründet ist, wenn ihm die Beteiligung nicht zur gesetzlichen Pflicht gemacht wird. Den übrigen Teil unserer Arbeiter befähigt ihr ruhigeres Temperament, allen gemeinnützlichen Einrichtungen ein offenes Ohr zu leihen. Es wird den Herrschaften, Werkstätten-Besitzern, Meistern u. s. w. nicht schwer fallen, ihren Dienstboten, Gehülfen u. verständiglich zu machen, daß mit dem Alter unvermeidlich die Arbeitsunfähigkeit eintritt, welche Mangel und Noth zur Folge hat, daß letztere zum Wandern nötigen und manchen Arbeiter zu Entwendungen reizen, daß zur Verhütung solcher Übel der Eintritt in die Renten-Versicherung, — welche wir kurz „Altersbank“ nennen wollen, — für alle Arbeiter zur gesetzlichen Pflicht gemacht werden muß, und daß ebenso, wie die bemittelten Gemeinde-Mitglieder durch das Gesetz gezwungen werden, einen Beitrag für die Armenpflege zu zahlen, auch die Arbeiter im Interesse des Gemeinwehens verpflichtet sind, im jugendlichen rüstigen Alter einen Sparpfennig abzugeben, damit dieser für sie selbst verwaltet und in eine Altersrente verwandelt wird.



Wir empfehlen daher als dritten Grundsatz:

3. die gesetzliche Verpflichtung für alle männlichen und weiblichen Arbeiter zum Eintritt in die vom Reich garantierte und verwaltete Altersbank und die Zahlung eines entsprechenden Beitrags ist das „rechte Mittel“, um auch für niedrig gelohnte Arbeiter eine Altersrente zu ermöglichen.

#### 4.

Für die Bemessung dieses Beitrags können wir aus der Gesetzgebung jener Staaten nur lernen, wie wir es nicht machen sollen, denn das englische Leibrenten-Gesetz fordert so hohe Einsätze, daß die Beteiligung für niedrig gelohnte Arbeiter unausführbar wird, während das große Armengesetz auf jeden, selbst den kleinsten Beitrag verzichtet und dadurch das Pflichtgefühl jugendlicher Arbeiter, für ihre Zukunft zu sorgen, sowie ihre Gewöhnung zur Sparsamkeit schwächt. Das französische und belgische Gesetz nimmt zwar auf niedrig gelohnte Arbeiter Bedacht, aber der kleinste Beitrag, welchen diese Arbeiter einzahlen sollen, ist immer noch zu hoch gegriffen, denn unter 5 Franken wird keine Einzahlung angenommen.

Wir werden diese Fehler vermeiden, wenn wir auch dem niedrig gelohnten Arbeiter die Beitragszahlung nicht erlassen, aber den Beitrag so niedrig stellen, daß er von ihm ohne erhebliches Opfer geleistet werden kann.

Dieser Beitrag läßt sich nur auf praktischem Wege ermitteln. Unter den ländlichen Arbeitern erhält in verschiedenen Kreisen unserer Provinz die Magd, wenn sie bei einem Instmann dient, durchschnittlich 30 Mark und wenn sie bei einem Bauer dient, durchschnittlich 45 Mark Jahreslohn, außerdem freie Kost, ferner Wolle und Leinwand als Bekleidungsmaterial, — während der Knecht, welcher bei einem Bauer dient, neben freier Kost und einigen Zuthaten für die Bekleidung einen Jahreslohn von 66 bis 72 Mark erhält. Diesen Arbeitern, deren Jahreslohn, auf den Tag berechnet, nur 8 bis 12 Pfennige und beim Knecht einige Pfennige mehr beträgt, würde es fühlbar werden, wenn sie mehr, als einen Pfennig pro Wochentag = Drei Mark pro Jahr zahlen müßten, andererseits ist dieser Beitrag nicht zu hoch, denn er wurde in Preußen nach dem Gesetz vom 1. Mai 1851 als Klassensteuer bis zum Jahre 1874, also 23 Jahre von denselben Arbeitern erhoben, und soll jetzt für ihr eigenes Interesse verwendet werden. Die Lohn-Verhältnisse waren vor 33 Jahren im Allgemeinen ungünstiger, als heute. Wir können daher nicht empfehlen, diesen Beitrag, welcher in vierteljährlichen Raten mit 75 Pfennigen leichter zu erheben ist, noch niedriger zu bemessen, zumal er sonst den Zweck nicht mehr erfüllen könnte: das Fundament der Selbsthilfe zu bilden, wie wir später nachweisen werden, vielmehr führt der letzt-erwähnte Zweck zu der Frage: ob der Beitrag nicht auf  $3\frac{1}{2}$  oder 4 Mark erhöht werden kann? Wir sind über die niedrigsten Löhne der ländlichen Arbeiter in den anderen Provinzen und Bundesstaaten nicht hinlänglich informiert, um diese Frage beantworten zu



können, möchten aber durch diese Anregung nicht den Gedanken wecken: für die verschiedenen gelohnten Arbeiter der verschiedenen Provinzen und Staaten verschiedene Beiträge, also eine Skala einzuführen, denn

wenn nicht ein gleicher Beitragsatz für alle Arbeiter des Reichs festgestellt wird, so zerbröckelt das große Kapital, welches gleiche Beiträge von  $13\frac{1}{3}$  Millionen Arbeitern gewähren und hiermit fällt auch die Möglichkeit, den niedrig gelohnten Arbeitern eine Rente zu verschaffen.

Andererseits wird den höher gelohnten Arbeitern das Recht vorbehalten, jenen einheitlichen Beitragsatz freiwillig doppelt, dreifach bis fünffach zu zahlen, und sich dadurch eine ihren Lebensbedürfnissen genügende höhere Rente zu erwerben.

Die ländlichen Arbeiter beginnen ihren Dienst häufig schon mit dem 14. bis 16. Jahre, aber ihr Körper ist vor dem 18. Jahre meistens unentwickelt, ihre Muskeln sind zu schwach, um nachhaltig mit voller Kraft arbeiten und den entsprechenden Lohn beanspruchen zu können. Ebenso werden die Handwerks-Lehrlinge in der Regel erst mit dem vollendeten 18. Jahre Gesellen und als solche gelohnt, daher wird für alle Arbeiter das vollendete 18. Lebensjahr als Termin zur Aufnahme in die Altersbank vorgeschlagen.

Nach unseren Anschauungen empfehlen wir daher als vierten Grundsatz:

4. der Beitrag aller Mitglieder der Altersbank ist auf den Betrag von jährlich drei Mark festzustellen und vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahre zu erheben.

## 5.

Fortgesetzte Übung der Kraft hat nicht bloß Stärkung derselben zur Folge, sondern auch eine Verbesserung derselben, eine größere Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit. Diese nimmt nach vollendetem Wachstum mit dem 19. Jahre zu und im Durchschnitt mit dem 56. Jahre ab, sie dauert also in voller Kraft 37 Jahre. Wenn Arbeiter und Arbeitgeber ihre beiderseitigen Interessen im Auge behalten, so wird jener den übernommenen Dienst nicht verlassen, und dieser die zunehmende Leistungsfähigkeit seines Arbeiters anerkennen, d. h. er wird ihm beistehen, die wöchentlichen Lohn-Ersparnisse aufzubewahren, und zu seinem jährlichen Beitrag für die Altersbank einen gleichen Beitrag hinzufügen.

Aber nicht bloß vom Gesichtspunkte der Interessen, sondern auch vom sittlichen Standpunkt ist diese Beihilfe des Arbeitgebers gerechtfertigt. Er steht den Arbeitern gegenüber im Vorteil, denn er hat die Auswahl, er kann warten, bis er die geeignete Kraft findet, bevor er auf einen privatrechtlichen Vertrag eingeht.

Es läßt sich aber nur mit einer zur Zeit wirkenden Kraft rechnen, denn das im Laufe der Jahre unbemerkt eintretende Schwinden der Kraft ist unberechenbar, es erfolgt bei Diesem im 50., bei



Jenem im 60., im Durchschnitt im 56. Jahre. Das Schwinden der Kraft ist also kontraktlich nicht zu bemessen.

Diesen Nachteil der Arbeiter haben aus sittlichen Gründen alle wohlhabenden Arbeitgeber: Guts-, Bergwerks-, Fabrik-, Werkstätten-Besitzer, Herrschaften u. schon seit alten Zeiten bis heute in der Weise anerkannt, daß sie ohne gesetzliche Verpflichtung ihre Arbeiter behalten und ausreichend verpflegen, wenn sie in ihrem Dienst die Leistungskraft durch's Alter verlieren. Indessen beschränkt sich diese Privatwohlthätigkeit nur auf die Minderheit, bei den ländlichen Arbeitern meistens nur auf Gutsbezirke, und diese betragen nach der Zählung von 1880 in Preußen nur 15 829, während die Zahl der Landgemeinden 37 668 beträgt. Für die kleinen Arbeitgeber in diesen Landgemeinden: Bauern, kleinen Handwerker, Instleute gilt aber daselbe, was von den ländlichen Arbeitern gesagt wurde: ohne gesetzliche Verpflichtung zahlen sie keinen Beitrag.

Die Allerhöchste Botenschaft vom 17. November 1881 betont das sittliche Motiv, denn sie erwartet die Lösung der socialen Aufgaben durch solche Gesetze, „welche auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens stehen“, sie will also — dies ist wenigstens unsere Auffassung — die Veränderlichkeit und Vergänglichkeit der menschlichen Kraft in Rechnung bringen, sie will neben jenes Rechtsverhältniß, welches der Vertrag gründet, drei Gesetze stellen, nach welchen der Arbeitgeber in Gemeinschaft mit dem Arbeiter teilnehmen soll, wenn die Arbeitskraft des letzteren schwindet: und zwar das Kranken-Versicherungsgesetz, wenn der Verlust seiner Kraft durch Krankheit ein vorübergehender, — das Unfall-Versicherungsgesetz, wenn der Verlust durch Maschinenbetriebsunfälle ein länger oder kürzer dauernder, — die Alters- und Invaliden-Versicherung, wenn der Verlust durch Alter und Invalidität ein lebenslänglicher wird.

Die Selbsthilfe der Arbeiter allein ist nicht ausreichend, um sie im Alter gegen Mangel und Not zu schützen. Wir überzeugen uns hiervon durch folgende Berechnung: Drei Mark, von  $13\frac{1}{3}$  Millionen Arbeitern 37 Jahre lang gezahlt, Zins auf Zins, 4 vom Hundert angelegt, vervielfältigen sich nach Bleibtren's finanziellen Tabellen um das Vierfache. Hierzu kommen noch jene 28 221 639 Mark, welche die Verstorbenen hinterlassen, so daß beide Kapitalien zusammen die Höhe erreichen, um jedem Arbeiter, welcher das 56. Jahr erreicht, eine lebenslängliche Rente von fast drei Mark monatlich zahlen zu können. (Vergl. Kretschmann Seite 9.) Diese Rente von etwa 8 bis 9 Pfennigen pro Tag ist indessen ohne andere Beihilfe zu klein, um die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Für die Gewährung dieser Beihilfe steht der Arbeitgeber dem Arbeiter am nächsten.

Dies führt uns wieder zu der praktischen Frage: wie hoch soll diese Beihilfe bemessen werden? Die überwiegende Mehrzahl der Arbeitgeber besteht in den 37 668 preussischen Landgemeinden aus kleinen Besitzern und Bauern, deren Jahreseinnahme sehr gering ist.



Noch weniger bemittelt sind die Lohnarbeiter mit kleinem Ackerland, deren Zahl nach Beilage No. I ad 5 a. **865 333** beträgt. Sie werden hier Insultente genannt und ihre Jahreseinnahme beläuft sich in den Dörfern unserer Provinz im Durchschnitt nur auf 375 Mark. Diese mieten sich häufig eine Magd für ihre Wirtschaft und werden dadurch Arbeitgeber. In dieser Doppelstellung als Lohnarbeiter und Arbeitgeber haben sie den Beitrag zwei Mal zu zahlen: einmal für sich selbst und noch einmal für ihre Magd. Wenn Lohnarbeiter eine Magd als Arbeitskraft für wirtschaftliche Zwecke verwenden, so wird ihnen diese Magd durch ihre Arbeit mehr verdienen, als den Pfennig, welchen sie für dieselbe pro Wochentag zahlen sollen. Wir befürworten daher, daß jeder Arbeitgeber, auch wenn er selbst ein Lohnarbeiter ist, für seinen Arbeiter denselben Beitrag zu zahlen hat, welchen der Arbeiter selbst zu leisten verpflichtet wird, aber wir möchten nicht empfehlen, diesen Beitrag für den Arbeitgeber höher zu bemessen, als für den Arbeiter, weil er sonst als Lohnerhöhung aufgefaßt und mit der Zeit gesteigert werden könnte. Dieser Beitrag hat nichts gemein mit dem Arbeitslohn, welcher sich in jeder Provinz, in jedem Bundesstaat nach den verschiedenen Lebensverhältnissen und Bedürfnissen, sowie nach Nachfrage und Angebot verschieden regelt, vielmehr stellt jener Beitrag nur eine Abgabe dar, welche jeder Arbeitgeber, welcher eine Arbeitskraft für seine Zwecke verwendet, im Interesse des Gemeinweins zu leisten sittlich verpflichtet ist. Wir wiederholen daher, daß dieser Beitrag in gleicher Höhe für Arbeiter und Arbeitgeber festzustellen ist. Sollte im Interesse des Reichs (Vergl. Abschn. 8) beschlossen werden, daß beide zusammen jährlich 8 Mark aufbringen, so würden wir es vorziehen, den Beitrag für jeden, für den Arbeiter und Arbeitgeber auf 4 Mark pro Jahr zu erhöhen, statt dem ersteren 3 Mark und dem Arbeitgeber 5 Mark aufzulegen. Wenn also der Beitrag der Arbeiter auf drei Mark jährlich festgestellt wird, so empfehlen wir als fünften Grundsatz:

5. Alle Arbeitgeber sind gesetzlich zu verpflichten, für jeden ihrer männlichen und weiblichen Arbeiter einen jährlichen Beitrag von drei Mark an die Altersbank zu zahlen. —

## 6.

Mit diesem Beitrag der Arbeitgeber von drei Mark jährlich steigt die Altersrente auf den doppelten Betrag, auf monatlich fast sechs Mark = etwa 16—18 Pfennige pro Tag. Auch diese Rente reicht noch nicht hin, um die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Wohnung zu bestreiten und führt zu der Frage: Auf welchen Betrag ist die Altersrente festzusetzen?

Wir haben den Beitrag der Arbeiter nach ihrem niedrigsten Einkommen bemessen und müssen daher auch die Altersrente dem praktischen Leben dieser Mehrzahl anpassen.

Ihr Lebensberuf ist: nach dem Maße ihrer Kraft „im Schweiße des Angesichts“ zu arbeiten und ihr Wunsch ist: „im Alter nicht betteln zu müssen.



Die Altersrente muß es daher dem Arbeiter möglich machen, beim Schwinden seiner Kraft die höher gelohnte, jedoch für ihn zu schwere Arbeit aufgeben und eine andere, weniger Lohn, aber auch weniger Kraft beanspruchende Arbeit auf dem Lande erhalten zu können, und solche Rente wird auch den Greisen mit gänzlich gebrochener Kraft Aufnahme und Verpflegung in ihren heimatlichen Dörfern verschaffen. Wir sind der Meinung, daß 108 Mark pro Jahr = 30 Pfennige pro Tag eine so hoch bemessene Rente ist, daß sie dem Altersschwachen den Bettelstab aus der Hand nimmt, und andererseits wieder so niedrig ist, daß der Arbeiter den Rest seiner Arbeitskraft verwenden muß, um sich seinem Kostgeber durch leichte Arbeit noch nützlich zu machen. Denn für 108 Mark findet er zwar in allen Dörfern freie Verpflegung und Schlafstelle, aber die Bekleidung, sowie eine bessere oder schlechtere Verpflegung hängt davon ab, ob er sich noch durch leichte Arbeit in der Wirtschaft einen geldbewerten Anspruch erwirbt. Dieser Einheitsatz von 30 Pfennigen pro Tag entspricht auch der Tageslohnung des Soldaten in allen deutschen Bundesstaaten, denn wenn dieser außer der Lohnung noch Quartier, Brot und Uniform erhält, so werden diese Zuthaten durch die Anstrengungen des Dienstes völlig aufgewogen. Für die Mehrheit der Arbeiter, würde daher eine Altersrente von 108 Mark das Maß bezeichnen, welches nach dem erwähnten Grundsatz weder zu hoch, noch zu niedrig bemessen ist.\*

Wir wiederholen hier, daß den höher gelohnten Arbeitern das Recht vorbehalten wird, sich durch Zahlung höherer Beiträge noch eine, oder mehrere bis fünf solcher Altersrenten à 108 Mark zu erwerben, dagegen kann von ihren Arbeitgebern nur die Beteiligung für eine Altersrente, also der Beitrag von 3 Mark pro Jahr verlangt werden. Wir empfehlen daher als sechsten Grundsatz:

6. Die Altersrente ist für alle Arbeiter auf den Betrag von 108 Mark festzusetzen, aber es ist zulässig, daß auch mehrere solcher Altersrenten von Arbeitern, welche höhere Beitragszahlungen leisten, erworben werden können.

## 7.

Durch die Altersrente wird den Gemeinden zwar eine große Last abgenommen, aber die Unterstützung der hinterbliebenen Witwen ist für sie nicht minder drückend, denn die Zahl derjenigen weiblichen Altersbank-Mitglieder, welche unverheiratet bleiben, und daher selbstverständlich die Altersrente von 108 Mark erhalten, ist verhältnismäßig klein: sie beträgt etwa 670000 (Vergl. Beilage No. IV. ad 1), während die Zahl derjenigen, welche sich im Laufe der 37 beitragspflichtigen Jahre verheiraten, annähernd sechs Millionen be-

\* Diese Altersrente würde auch dem Pensionsatz entsprechen, welchen der Staat seinen Hilfsarbeitern z. ohne feste Anstellung bei eventl. Eintritt ihrer Erwerbsunfähigkeit bewilligt, denn allen nicht festangestellten Postbeamten z. B. der großen Zahl von Hilfsboten, Postkellern, Wagenaufsehern, Packträgern u. s. w. wird eine jährliche Pension von 108 Mark gezahlt, wenn sie nach einem zehnjährigen Dienst erwerbsunfähig werden.



trägt. Diese haben sich vor ihrer Verheiratung durch gezahlte Beiträge (Vergl. Grundsatz 3) ein Anrecht auf die Altersrente erworben. Mit ihrer Verheiratung hört jedoch die Zahlung ihrer Beiträge, sowie der Beiträge ihrer Arbeitgeber auf, weil sie nur selten und unregelmäßig auf Arbeit gehen, meistens sich auf die Bestellung ihrer Wirtschaft beschränken. Mit dem Tode des Arbeiters fällt nun die alt gewordene Witwe\* der Gemeinde zur Last. Zur Abhilfe wird daher eine, mit dem beginnenden 56. Jahre zahlbare Witwenrente vorgeschlagen. Sie ist auf zwei Drittel der Altersrente, auf 72 Mark\*\* bemessen, weil die Witve mittels dieser Beihilfe Aufnahme in die meisten Familien der ländlichen Bevölkerung findet. Andererseits muß durch einzelne Bedingungen verhütet werden, daß Arbeiterinnen aus Spekulation auf die Witwenrente sich verheiraten. Wir geben daher als siebenten Grundsatz zu erwägen:

7. Allen Witwen der Altersbank-Mitglieder ist ein Anrecht auf einen Teil der Altersrente zuzusprechen, wenn sie vor ihrer Verheiratung mindestens 15 Mark Beiträge gezahlt und wenigstens 10 Jahre mit ihrem verstorbenen Mann verheiratet waren. Diese Witwenrente darf jedoch zwei Drittel der Altersrente nicht übersteigen.

### 8.

Die Altersrente soll 108 Mark und die Witwenrente 72 Mark betragen, außerdem sind noch die Verwaltungskosten und Ausfälle an Beiträgen in Rechnung zu stellen. Für diese sämtlichen Ausgaben sind nach der Beilage No. V jährlich 82 843 075, rund

**83 Millionen Mark**

erforderlich.

Wir haben vorher begründet, daß der Arbeiter nach Maßgabe seines Lohnes für sein arbeitsunfähiges Alter selbst beizutragen verpflichtet ist, wir haben ferner begründet, daß auch sein Arbeitgeber einen gleichen Beitrag zu leisten hat und wollen jetzt nachweisen, daß diese Beiträge der Selbsthilfe das Fundament der Altersversicherung bilden, insofern sie den größeren Teil jener Ausgaben decken.

Nach der Beilage No. VI beläuft sich das Kapital der Selbsthilfe jährlich auf

**47 691 400 Mark,**

es beträgt also mehr, als die Hälfte der 83 Millionen, welche erforderlich sind, um die Altersversicherung zum Gesetz zu erheben, denn es fehlen nur

**35 151 675 Mark.**

Diese 35 Millionen stehen zu den 47 Millionen der Selbsthilfe annähernd in dem Verhältniß

\* Nach der Sterblichkeitstafel sterben mehr Männer als Frauen in jedem Jahrgange. Hieraus erklärt sich die größere, mit jedem Jahrgange zunehmende Zahl der Witwen.

\*\* Die Witve eines im Dienst verunglückten Postillons erhält nur eine jährliche Unterstützung von 72 Mark.

No. V.

No. VI.



3 : 4,

jedoch in der Voraussetzung, daß der Beitrag der Arbeiter und ebenso der Beitrag der Arbeitgeber nicht mehr, als drei Mark jährlich beträgt, denn wenn dieser Beitrag für jeden derselben auf 3 Mark 50 Pfennige erhöht wird, so verwandelt sich jenes Verhältniß nach der Beilage No. VII in

1 : 2,

und wenn der Beitrag auf 4 Mark festgestellt wird, sogar in

1 : 3.

In diesem Falle würde die Summe der Selbsthülfe nach Beilage Nr. VII nicht 47 691 400 Mark, sondern

**63 588 534 Mark**

betragen, und es bleiben dann nur

**19 254 541 Mark**

zu beschaffen.

Nach unseren Anschauungen haben wir den niedrigsten Beitrag vorgeschlagen und hiernach fehlen an den vorerwähnten 83 Millionen noch rund 35 Millionen.

Wie sind diese zu beschaffen?

Auf Seite 7 sind die Gesetze angegeben, nach welchen die Gemeinden schon seit der Gründung des deutschen Reichs verpflichtet sind, alle Hülfswürdigen, also auch die Altersschwachen zu unterstützen, so weit ihre Geldmittel ausreichen. Die Landgemeinden der östlichen Provinzen sind jedoch wenig bemittelt, und können dem gänzlich arbeitsunfähigen Alten z. B. in Ostpreußen außer einer Schlafstelle und einiger Naturalverpflegung nur 3 Mark monatlich = 10 Pfennige pro Tag zahlen. Aber auch von den wohlhabenderen Landgemeinden in den westlichen und südlichen Provinzen wird nicht für alle unterstützungsbedürftige Altersschwache die erforderliche Summe aufgebracht, denn ein erheblicher Teil der Altersschwachen gehört zu denjenigen, deren Arbeitskraft noch nicht ganz verbraucht ist, und diese erhalten aus der Klasse der Landgemeinden keine Unterstützung. Diesen bleibt nichts übrig, als eine ihrem Kraftmaß entsprechende leichtere Arbeit zu suchen und wenn sie dieselbe nicht finden, an die Privat-Wohlthätigkeit zu appellieren.

Wir entnehmen hieraus, daß die Gemeinden nur mit Beihülfe der Privat-Wohlthätigkeit ihre gesetzliche Unterstützungspflicht vollkommen erfüllen können, daß sie jedoch allein für eine ausreichende Unterstützung der mehr als 4 Millionen zählenden unterstützungsberechtigten Alten zu schwach sind. In diesem Falle sind sie nach den vorerwähnten Gesetzen auf zwei helfende Organe angewiesen: auf den Landarmen- resp. Provinzialverband und auf den Reichs-Verband.

Die Beschaffung jener 35 Millionen ist daher keineswegs als eine neue Geldforderung aufzufassen: neu ist nur die Organisation der Selbsthülfe, um den größeren Teil jener 83 Millionen Mark zu decken, welche eine ausreichende Unterstützung aller Altersschwachen kostet, denn der kleinere Teil wird durch die althergebrachte gesetzliche Armensteuer bis heute faktisch von den Gemeinden getragen und von der Privat-Wohlthätigkeit ergänzt. Dieser kleinere Teil, welcher je nach der erwähnten Feststellung der Beiträge auf 3, oder



auf 4 Mark, rund 35 oder 19 Millionen Mark beträgt, soll nun durch eine in dem alten Gesetz vorgezeichnete veränderte Umlegung der Armensteuer aufgebracht werden, denn das Gesetz geht von der Voraussetzung aus, daß der Unterstützungsbedürftige nicht auf die Privatwohlthätigkeit angewiesen werde. In dieser Voraussetzung ist in einem anderen Reichsgesetz\* das Betteln unter Strafe gestellt.

Hiernach fordert eine auf dem Fundament der Selbsthülfe (nach Maßgabe der Geldkräfte der Arbeiter und Arbeitgeber) gegründete Altersversicherung eine Reform der Armengesetzgebung, welche die für kleine Gemeinde-Verbände zu schwer gewordene Last auf einen größeren Verband legen und diesem größeren Verbands zugleich diejenige Last auflegen soll, welche bisher die Privatwohlthätigkeit getragen hat. Der §. 8 citirte § 1 des Reichsgesetzes läßt darüber keinen Zweifel, daß diese Reform bei den fortwährenden Wanderungen der Arbeiter nicht von den einzelnen deutschen Bundesstaaten, sondern vom Reich ausgehen muß. Das Reich hat also zu entscheiden:

ob die Gemeinde-Verbände entweder in Provinzial-Verbände erweitert werden sollen, — oder ob der Reichs-Verband vorzuziehen ist?

Prüfen wir nun, welcher von den beiden Verbänden für die Beschaffung der 35 Millionen den Vorzug verdient.

Wenn wir die Gemeinde-Verbände in Provinzial-Verbände erweitern, müssen wir auf die Grenzen der kleineren Bundesstaaten, so wie auf die Provinzial-Grenzen der größeren Staaten Rücksicht nehmen und, wie Kretschmann für die Einrichtung von Altersklassen vorschlägt, etwa 23 solcher Provinzial-Verbände organisieren. Es würde also jede Provinz und von den kleineren Bundesstaaten mehrere derselben zu einem Provinzial-Verbands vereint, außerdem Berlin, wegen seiner großen Einwohnerzahl, als besonderer Verband, — kurz jeder dieser Verbände würde für seine unterstützungsbedürftigen Alten den entsprechenden Teil aufzubringen haben. Der ganze Teil beträgt 35 Millionen Mark und diese Summe durch 23 dividirt, giebt 1 521 739 Mark. Dies wäre also der Betrag, welchen jeder dieser 23 Verbände jährlich durch eine Steuer zu erheben hätte, und diese Steuer könnte doch innerhalb eines jeden Verbandes nur eine direkte, eine Einkommensteuer sein, welche je nach dem größeren Einkommen progressiv steigt. Ohne Progression würde sie in einigen Verbänden die erforderliche Summe nicht aufbringen können, andererseits wirkt eine progressive Steuer und ihre jährliche Veranlagung abschreckend auf die wohlhabenden Stände. Sollen aber, ähnlich wie in England, auch die weniger bemittelten Einwohner zu dieser Steuer herangezogen, z. B. schon ein Jahreseinkommen von 2000 Mark mit zwei Mark pro Jahr und jedes etwa um 2000 Mark steigende Einkommen angemessen höher belastet werden, so greift diese Steuer schon teilweise in den Arbeiter-Stand hinein und wirkt auf die weniger bemittelten Stände drückend. Hiernach erscheint uns diese Steuer nicht ratsam, denn möge man ihre Last mehr auf die wohlhabenden Stände, oder

\* Reichs-Strafgesetzbuch § 335, 361 No. 4, 362.



auf breitere Schichten der Bevölkerung legen, sie wird in jedem Falle Unzufriedenheit zur Folge haben.

Dieses Uebel wäre zwar groß genug, aber größer die Zwietracht, welche dasselbe zwischen den einzelnen Bundesstaaten des Reichs erregen würde. Diese sind nämlich ungleichmäßig bevölkert, und je größer die Bevölkerung eines Staates, um so größer ist selbstverständlich die Zahl seiner unterstützungsbedürftigen Alten, mithin auch die Geldsumme, welche dieser Verband für seine Alten aufzubringen hat. So würden z. B. die südlichen und westlichen Staaten, welche am stärksten bevölkert\* und deshalb schon für eine ausgedehntere Armenpflege (größere Zahl hilfbedürftiger Kinder, Kranken etc.) mehr in Anspruch genommen sind, durch eine direkte Steuer für ihre Altersschwachen ungleich höher belastet werden, als die östlichen, schwächer bevölkerten.

Eine direkte Steuer würde daher ohne Zweifel eine ungleichmäßige Belastung der einzelnen Bundesstaaten, mithin Unzufriedenheit ihrer Bevölkerung über höhere Belastung, als in anderen Staaten, zur Folge haben, und dieses Uebel würde jährlich im Reichstag mit Bitterkeit zur Sprache gebracht werden. Wir berufen uns hier auf die Erfahrung in England, wo dieselbe direkte Steuer (Poor rate) wegen der ungleichmäßigen Bevölkerung der Armen-Verbände alljährlich Beschwerden und Unruhen hervorruft.

Solcher Vorwurf kann eine indirekte Steuer nicht treffen; überdies ist das Reich nach seiner Verfassung nur zur Bewilligung indirekter Steuern berechtigt.

Wir maßen uns nicht an, eine bestimmte indirekte Steuer in Vorschlag zu bringen, aber wir empfehlen nur eine solche, welche die ärmste Bevölkerungsklasse nicht trifft. In dieser Voraussetzung halten wir sie für die gerechteste Steuerform, denn sie würde alle Bundesstaaten, je nach der Stärke ihrer Bevölkerung, diesen mehr, den anderen weniger, aber jeden gleichmäßig belasten, weil die Zahl der Alten mit der Kopfszahl der Bevölkerung in gleichem Verhältnis steht, und weil das Alter in allen Bundesstaaten und Provinzen dieselbe gleichbleibende Quelle der Arbeitsunfähigkeit bildet.

Aber die Gleichmäßigkeit dieser Steuer ist nicht das einzige Motiv, denn bei den Wanderungen der Arbeiter von einem Bundesstaat zum anderen erscheint uns die Normierung eines gleichen Minimalsatzes für die Unterstützung der Hilfsbedürftigen ein ebenso begründetes Bedürfnis für die Nation, wie das gleiche Strafmaß für das Betteln dieser Arbeiter, welches im Reichs-Strafgesetz verfügt ist. Ein gleicher Minimal-Unterstützungssatz würde auch die Frage über den Unterstützungswohnsitz leichter lösen lassen, indem ohne weitläufige Korrespondenz mit den Behörden der verschiedenen Bundesstaaten z. B. der Bayer, wenn er in Preußen arbeitet und durch Alter oder Invalidität arbeitsunfähig wird, denselben Minimalatz zu seiner Unterstützung in Preußen erhalten würde,

\*) Das Zahlen-Verhältnis zwischen Bemittelten und Unbemittelten ist namentlich in den industriellen Distrikten sehr ungleich, weil ein einziger Fabrikherr Tausende von Arbeitern ernährt.



wie in seinem engeren Vaterlande. Diese Forderung bedingt wieder einen gleichen Minimal-Beitragsatz für alle Arbeiter und ein solcher kann nur nach den Geldkräften der niedrig gelohnten Arbeiter, welche über die Hälfte der gesamten Arbeiterzahl bilden, normiert, also nicht über 4 Mark jährlich bemessen werden. So gelangen wir auch auf diesem Wege zum Reichs-Verbande, um die fehlenden 35 eventuell 19 Millionen Mark für die 4 Millionen Hilfsbedürftigen zu beschaffen, denn durch Organisation von Provinzial-Verbänden lassen sich die vorerwähnten Bedürfnisse für die Nation nicht befriedigen.

Es fragt sich aber, ob diesem Vorschlage nicht Hindernisse entgegen stehen? Wenn die politische Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten, welche nicht angetastet werden darf, eine Sonderung auf dem Gebiete der Armen-Gesetzgebung notwendig, oder auch nur nützlich machte, — oder wenn die Kirche, sei es die katholische oder evangelische, für die Unterstützung der Hilfsbedürftigen einen Unterschied, je nach dem religiösen Bekenntnis, vorschriebe, dann könnte von der Organisation eines Reichs-Verbandes hier nicht die Rede sein. Aber solche Hindernisse liegen nicht vor, daher können wir aus den vorerwähnten Gründen die obige Frage nur dahin beantworten:

daß für die Beschaffung der 35 Millionen Mark nicht die Erweiterung der Gemeinde-Verbände in Provinzial-Verbände; sondern ihre Erweiterung in den Reichs-Verband vorzuziehen ist.

Erwägen wir zum Schluß den finanziellen Nutzen dieser Reform, Sie vermehrt nicht die öffentliche Armenlast, sondern vermindert dieselbe um mindestens rund 47 event. 63 Millionen Mark jährlich, indem sie die Arbeiter und zumeist beteiligten Arbeitgeber nach Maßgabe ihrer Geldkräfte zur Selbsthilfe heranzieht und den fehlenden kleineren Theil der Last auf die Gesamtheit der Nation gleichmäßig verteilt.

Hiernach empfehlen wir als achten Grundsatz:

8. Die Altersrente von 108 Mark und die Witwenrente von 72 Mark jährlich sind durch ein Gesetz über Altersversicherung in der Weise sicher zu stellen, daß die dazu erforderliche Summe nach Maßgabe der Grundsätze 4 und 5 zu ihrem größeren Teil durch Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber, also durch Selbsthilfe, dagegen zu ihrem kleineren Teile und zwar in dem Verhältniß 3:4 event. 1:3 durch eine Reichssteuer aufzubringen ist.

## 9.

Diese acht Grundsätze bilden das Fundament der Altersversicherung, denn die zur Ausführung eines solchen Gesetzes erforderlichen Organisationen: die Einteilung des deutschen Reichs in 23 Verbände mit Rücksichtnahme auf die Grenzen der einzelnen Bundesstaaten und Provinzen, — die Einteilung von 23 Altersklassen für jene Verbände behufs Einklassierung der Beiträge, Ausgabe der Renten und Rechnungsführung, — die Bestallung von Beamten zur Erhebung



der Beiträge von den Arbeitern und Arbeitgebern, sowie zur Auszahlung der fälligen Renten, — die Organisation eines Reichs-Versicherungs-Amtes zur Leitung und Kontrolle der Geschäfts- und Kassensführung bei den 23 Altersklassen u. s. w., — alle diese Organisationen können erst nach Genehmigung jener acht Grundsätze zur Beratung gelangen.

Aber ein Gesetz, welches nur nach Maßgabe dieser acht Grundsätze erlassen würde, könnte weder die Arbeiterbevölkerung, noch die Gemeinden vollkommen befriedigen, weil die Rentenzahlung mit dem 56. Lebensjahre beginnt, und ihrer Erwerbung eine 37jährige Beitragszahlung vorausgehen soll. Diese Bedingung kann nur von solchen Arbeitern erfüllt werden, welche das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Hiernach würden sämtliche gegenwärtige Arbeiter-Generationen vom vollendeten 19. Lebensjahre aufwärts von der Erwerbung der Rente ausgeschlossen, und ebenso würden die Gemeinden ihre bisherige Unterstützungspflicht gegen die Altersschwachen noch bis zum Aussterben dieser Generationen zu erfüllen haben.

Wenn wir uns jedoch vergegenwärtigen, daß ihre unterstützungsbedürftigen Alten über 4 Millionen zählen und daß die Gemeinden neben ihren sonstigen Geldleistungen nicht im Stande sind, jene Altersschwachen ausreichend zu unterstützen, so müssen wir anerkennen: Es ist billig, daß das Gesetz über Altersversicherung nicht bloß die Bedürfnisse der zukünftigen, sondern auch der gegenwärtigen Zeitperiode befriedigt, daß es beiden Teilen, den Gemeinden und den Arbeitern schon jetzt hilft.

Hiermit erhalten wir die neue Aufgabe:

Für die Uebergangszeit vom Jahre des Erlasses der Altersversicherung bis zum Jahre der beginnenden Rentenzahlungen, also für einen Zeitraum von 37 Jahren, solche Mittel und Wege vorzuschlagen, durch welche den Gemeinden und altersschwachen Arbeitern geholfen wird.

Im vorigen Abschnitt haben wir unter Anschluß an die gesetzlichen Bestimmungen die Erweiterung der Gemeinde-Verbände in den Reichsverband als das richtige Mittel bezeichnet, um eine gleichmäßige Verteilung der Unterstützungslast zu ermöglichen. Auch für die Beschaffung der Geldmittel zur Lösung der vorstehenden Aufgabe können wir keinen anderen, als den Reichsverband vorschlagen, denn die Aufgabe umfaßt sämtliche Gemeinden und Arbeiter des Reichs.

Von diesem Standpunkte ausgehend haben wir nur die Wege aufzusuchen, auf welchen die Reichshilfe am zweckmäßigsten gewährt wird und stellen zwei Vorschläge zur Erwägung, jedoch beide nur als prinzipielle, denn wenn die Kosten für ihre vollständige Ausführung zu groß erscheinen, so können beide Vorschläge, je nach dem Maße der Geldbewilligung modifiziert resp. ihre Kosten auf die Hälfte, oder ein Drittel zc. ermäßigt werden.

1. Alle über 19 und unter 31 Jahre alten Arbeiter, im ganzen 12 Jahrgänge, sind als Mitglieder in die Altersbauk aufzunehmen, und



2. den Gemeinden ist für alle über 30 Jahre alten Arbeiter, wenn sie durch's Alter arbeitsunfähig werden, zu einer ausreichenden Unterstützung eine Geldbeihilfe zu gewähren.

**Zu 1.** Der praktische Nutzen des ersten Vorschlags liegt auf der Hand, denn durch die Aufnahme dieser 12 Jahrgänge, (vom 19. bis incl. 30. Jahr) in die Altersversorgung werden den Gemeinden die Kosten für ihre Unterstützung bei eintretender Altersschwäche erspart, und diese Kosten betragen nach der Beilage No. VIII rund 160 Millionen Mark. No. VIII. Nicht geringer wäre der Nutzen für die Arbeiter, denn ein 19jähriger Arbeiter zahlt mit 3 Mark jährlich in 37 Jahren im ganzen 111 Mark und erhält dann bis an's Lebensende jährlich 108 Mark, also schon in einem Jahr fast ebenso viel, als er in 37 Jahren zusammen eingezahlt hat. Diese Rente, welche unter vier Arbeitern immer von einem zuverlässig erreicht wird, (Vergl. S. 10) bildet schon für 19 jährige Arbeiter mit 37 jähriger Zahlungspflicht ein hochstehendes Ziel, — um so erstrebenswerther wird dasselbe für Arbeiter zwischen 20 und 30 Jahren, deren Zahlungspflicht eine kürzere ist, sie dauert auch nur bis zum 56. Lebensjahre. Denn wollte man z. B. einem 30 jährigen Arbeiter eine 37 jährige Zahlungspflicht auflegen, so würde das Ziel für ihn nicht mehr erstrebenswerth sein, weil von 13 370 000 Arbeitern nur 1 564 598 das 67. Lebensjahr erreichen, also von je neun Arbeitern nur einer.

Der erste Vorschlag gewährt also Hülfe für die Gemeinden und Befriedigung für die Arbeiterbevölkerung, aber er bedingt die Erlassung der Beiträge für die vergangenen Jahre, so daß z. B. einem 20 jährigen Arbeiter der Beitrag von 3 Mark, einem 21 jährigen von 6 Mark u. s. w. für das verflossene 19. resp. 20. Jahr erlassen wird, indessen nicht der Beitrag für das laufende 20. resp. 21. und auch nicht für alle folgenden (bis 55) Jahre. Das Prinzip der Selbsthülfe wird daher bei Genehmigung dieses Vorschlages nicht verletzt, sondern nur derjenige Teil der Beiträge erlassen, welche für niedrig gelohnte Arbeiter unerschwinglich und deshalb gerechter Weise von den höher gelohnten nicht zu beanspruchen ist.

Aber der größte Nutzen für das Gemeinwesen würde nach diesem ersten Vorschlage in der Abkürzung der Uebergangszeit bestehen, weil die Zahlung der Altersrenten nicht nach 37, sondern schon nach 25 Jahren beginnt. Dies bedingt jedoch ein großes Geldopfer, denn der teilweise Ausfall an Beiträgen von 12 Arbeiter-Jahrgängen beträgt im ganzen 240 Millionen Mark, worauf wir später zurückkommen werden. Diese Summe läßt sich nun, je nach dem Maße der Geldbewilligung, auf die Hälfte, auf ein Drittel, oder auf eine noch kleinere Summe ermäßigen, wenn nicht die erwähnten 12, sondern nur 6, oder noch weniger Jahrgänge in die Altersbank aufgenommen werden, indessen würde alsdann die Rentenzahlung um eben so viele Jahre später beginnen, mithin der vorerwähnte Nutzen sehr geschmälert werden.

**Zu 2.** Der zweite Vorschlag folgt notwendig aus dem ersten, denn wenn die Arbeiter unter 31 Jahren durch Aufnahme in die Altersbank gegen die Folgen des arbeitsunfähigen Alters geschützt



werden, so können die Arbeiter über 31 Jahre gegen dasselbe Übel nicht ohne Beistand gelassen werden. Diesen sollen sie durch ihre Gemeinden erhalten, welchen für diesen Zweck eine Geldbeihilfe zu gewähren empfohlen wird. Der Unterstützungssatz von 30 Pfennigen pro Tag wurde als das geringste Maß zur Bestreitung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse für jeden Altersschwachen vorgeschlagen, und dieser Satz wird um so mehr ausreichen, wenn die Gemeinden ihre Alten, je nachdem deren Arbeitskraft teilweise oder völlig geschwunden ist, in zwei verschiedene Wege resp. Weise leiten: die ersteren in die von Bodelschwing'schen Ackerbau- oder Arbeiterkolonien, die letzteren in ihre heimatlichen Dörfer und Familien.

Mit dem 56. Lebensjahr beginnt bei Arbeitern, wie wir bereits entwickelt haben, das Schwinden der Arbeitskraft; sie wird mit jedem folgenden Jahr allmählich geringer und endet bei der Mehrzahl im 60. Jahr. Während dieser 5 Jahre ist die Arbeitskraft also nur theilweise, oder zur Hälfte, oder zum größeren Teil verbraucht, so daß diese Arbeiter noch zu verschiedenen leichten Arbeiten verwendbar bleiben. Diese fünf Jahrgänge zählen nach Beilage No. IX 1 264 090 Arbeiter.

No. IX.

Wenn die vorerwähnten Ackerbau- oder Arbeiterkolonien, welche sich für völlig Arbeitsfähige in Westfalen, der Rheinprovinz, Bremen, Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg, Hannover und in Schleswig-Holstein praktisch bewährt haben, auch für teilweise Arbeitsfähige in allen Provinzen organisiert werden, so sind diese 1 264 090 Arbeiter nicht zu wandern genötigt, sondern finden in diesen Kolonien zu jeder Zeit und in jeder Provinz eine ihrem Kraftmaß entsprechende Arbeit, zugleich aber ein sicheres Asyl für eine ruhige Existenz. Es verdient deshalb dieser umfangreiche Zweig der Armenpflege einer eingehenden Erwägung aller Provinzial-Landtage, zumal diese Kolonien nach allgemeiner Einführung der Altersrenten, mit Abrechnung der ersten Anlagekosten, sich selbst erhalten können. Dagegen würden sie für Arbeiter vom 61. Lebensjahre aufwärts in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr geeignet sein, denn in diesem Greisenalter sind die Muskeln bereits so geschwächt, die Gelenke so steif, die Bewegungen so langsam, und die Sinnesorgane so stumpf geworden, daß eine Verwendung derselben selbst zu leichten Arbeiten nicht mehr in Betracht kommt.

Diese Greise und Greisinnen zählen vom 61. bis 101. Jahre, also in 40 Jahrgängen nach der Beilage No. X 2 994 785. Für diese bilden ihre heimatlichen Dörfer und Familien das beste Asyl. —

No. X.

Zur Unterstützung dieser beiden Kategorien von Altersschwachen, welche zusammen 4 258 875 zählen, sollen die Gemeinden vom Reich eine Beihilfe erhalten. Diese darf jedoch nicht auf die 23 Rassen-Verbände (vergl. S. 23) gleichmäßig vertheilt werden, weil die Bevölkerung keine gleiche ist, sie wird am richtigsten nach den Beiträgen bemessen, welche die Arbeitgeber innerhalb jedes einzelnen der 23 Verbände für ihre Arbeiter an die Alterskasse ihres Verbandes zahlen. Die Summe der Beiträge der Arbeitgeber bildet also in jedem Verbands den Maßstab für die Beihilfe, welche den Gemeinden dieses Verbandes von ihrer Alterskasse gezahlt wird. Die Verwendung



dieser Geldmittel bleibt aber den Gemeinden überlassen, weil sie an Ort und Stelle rechtzeitig die Unterstützung zu gewähren und allein richtig zu entscheiden vermögen, ob diese in dem einen Falle durch Geld, in dem andern durch Naturalverpflegung u. s. w. stattfinden soll. Die Alterskassen zahlen jedoch diese Beiträge an die Gemeinden nur auf Rechnung der Altersbank resp. des Reichs, denn die Beiträge bilden ja einen Theil der Selbsthilfe, welche mit den Beiträgen der Arbeiter zusammen das Hauptkapital (47 event. 63 Millionen Mark) zur Zahlung der Altersrenten gründet.

Dieser zweite Vorschlag legt dem Reich zeitweise eine jährliche Ausgabe von 5 resp. 10 Millionen Mark auf, wie wir später ausführlicher angeben werden. Auch diese Summe läßt sich, je nach der Geldbewilligung auf die Hälfte oder ein Drittel ermäßigen, indem die Alterskassen von den eingezahlten Beiträgen der Arbeitgeber nur die Hälfte oder ein Drittel an die Gemeinden auszahlen.

Wir haben diese beiden Vorschläge für eine möglichst vollständige Lösung der obigen Aufgabe vorangestellt, aber auch sogleich den Weg zur Ermäßigung ihrer Kosten angegeben indessen befürworten wir eine ausreichende Bewilligung der Geldmittel, weil jene Kosten von den kleinen Gemeinde-Verbänden, selbst mit Beihülfe der Privat-Wohlthätigkeit, bisher nur schwer getragen wurden und jetzt den Gemeinden durch jene Vorschläge möglichst vollständig abgenommen resp. durch Uebertragung auf den Reichsverband gleichmäßig verteilt werden sollen.

Der ersterwähnte Vorschlag würde dem Reich nach Kretschmann (S. 68 bis 68) 240 Millionen Mark kosten. Diese wären durch eine amortisirbare Anleihe zu decken, weil die Wohlthat dieser Maßregel auch unseren Nachkommen zu gute kommt. Der zweite Vorschlag würde, — da wir die vom Reich dauernd zu gewährende Beihülfe von 35 event. 19 Millionen Mark nach der Begründung des achten Grundjahres hier nicht mit einrechnen können, — dem Reich nach der Beilage No. XI zeitweise, nämlich in den ersten 25 Jahren 5 Millionen, alsdann noch 19 Jahre 10 Millionen kosten. Die 5 Millionen bilden die von den Alterskassen vorschußweise an die Gemeinden gezahlte Beihülfe und die 10 Millionen werden teilweise zu demselben Zweck, teilweise zur Zahlung von Altersrenten verwendet, weil die Beiträge von 12 Arbeiter-Jahrgängen erlassen und der Altersbank resp. dem Reich zur Last gelegt wurden, und weil von diesen zwölf Jahrgängen bereits nach 25 Jahren der erste Jahrgang (welcher mit dem 30sten Lebensjahre in die Altersbank aufgenommen wird) das 56ste resp. Renten-Empfangsjahr erreicht. Nach Ablauf der erwähnten 25 + 19 = 44 Jahre ist die ältere Arbeiter-Generation bis auf eine geringe Zahl ausgestorben und hiermit hört die temporäre Beihülfe des Reichs auf. Alsdann tritt die in den vorigen Abschnitten vorgeschlagene Altersversicherung für sämtliche Alten und Witwen vom 56sten bis 101sten Jahre in Wirksamkeit und zwar — wir wiederholen — aus dem durch die Beiträge herangewachsenen Kapital der Selbsthilfe von rund 47 event. 63 Millionen und aus den 35 event. 19 Millionen Mark, welche letztere von den kleinen Gemeinde-Verbänden allein, ohne Zuhülfenahme der Privatwohlthätigkeit nicht aufgebracht

No. XI.



werden können und deshalb vom Reichsverbande dauernd übernommen werden sollen. (Vergl. S. 20 u.)

Wenn also das Reich der gegenwärtigen Arbeiterbevölkerung vom 19ten Lebensjahre aufwärts bis in's höchste Alter und sämtlichen Gemeinden in der Weise helfen will, wie es durch die Altersversicherung nach 37 Jahren vorgeschlagen wird, so muß es sich zu einem Opfer entschließen, aber zu einem Opfer für die Nation selbst, denn die Zahl der Arbeiter und der Gemeinden zusammen geht weit über zwei Drittheile der Gesamtbevölkerung des Reichs.

Wir erlauben uns selbst kein Urtheil darüber, ob die gegenwärtigen Lasten von den Gemeinden des Reichs noch so lange getragen werden können, bis die Altersversicherung nach Ablauf von vier Jahrzehnten allgemein in Kraft tritt, sondern heben nur hervor, daß dieselben im Reichstage wiederholt öffentlich als „unerträgliche“ bezeichnet worden sind.

Schwerlich dürfte für das Gemeinwesen des Reichs ein anderes Gesetz von gleich großer Wirkung vorgeschlagen werden, jedenfalls würde dieses eines der wohlthätigsten in der Reichsgesetzgebung werden, es würde in der Kulturgeschichte einen ehrenvollen Platz erhalten, denn es würde mit Zeugnis ablegen von dem Nutzen, welchen die Wiederherstellung des deutschen Reichs den Gemeinden und Arbeitern, also der überwiegenden Mehrheit der Nation verschafft.

Hiernach empfehlen wir als neunten Grundsatz:

9. In das Gesetz über die Altersversicherung ist eine Zusatzbestimmung aufzunehmen, nach welcher die im vollendeten 19ten bis zum vollendeten 30sten Lebensjahre stehenden männlichen und weiblichen Arbeiter als Mitglieder der Altersbank unter Erlaß der Beiträge für die vergangenen Jahre registriert und die ausfallenden Beiträge durch eine Reichs-Anleihe gedeckt, daß ferner die erforderlichen Geldmittel von 5 resp. 10 Millionen Mark als Beihilfe für die Gemeindeverbände mittels einer auf vier Jahrzehnte bemessenen Steuer beschafft werden, um bis zum Eintritt der Rentenzahlungen die über 55 Jahre alten Arbeiter bei beginnender Arbeitsunfähigkeit angemessen zu unterstützen.

## 10.

Die Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881 lautet unter anderem:

„Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität „erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber „einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher „Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können.“

Die Allerhöchste Botschaft vom 14. April 1883 wiederholt die Verheißung der Alters- und Invalidenversicherung und lautet dann:



„die dazu erforderliche Zeit (der Beratungen) ist eine lange  
 „für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebens=  
 „alter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen  
 „sind u. s. w.

Beide Gesetzaufgaben stehen zusammenhängend neben einander, beide ergänzen sich, denn die Altersversicherung schützt die Arbeiterbevölkerung vom Beginn ihres Alters, also vom 56. Lebensjahre bis an's Lebensende, und die Invalidenversicherung schützt sie vom Beginn ihres Arbeiterlebens, also vom 19. Lebensjahre bis zu ihrem beginnenden Alter, — beide Gesetzaufgaben zusammen umfassen erst alle Jahrgänge des Arbeiterlebens und bilden daher ein zusammenhängendes Schutzgesetz.

Die Invalidität bedeutet nichts anderes, als dauernde, also lebenslängliche Arbeitsunfähigkeit, wie wir dieselbe bei Arbeitern im Greisenalter kennen gelernt haben, jedoch mit dem Unterschiede, daß die Arbeitsunfähigkeit der Invaliden nicht aus dem naturgemäßen Schwinden der Arbeitskraft, sondern aus solchen, nach Krankheiten oder Unfällen zurückgebliebenen körperlichen Zuständen hervorgeht, welche wie z. B. Lähmungen oder Verlust von Gliedern, die Verwendung der Arbeitskraft aufheben, oder im hohen Grade beeinträchtigen.

Für die Gemeinde besteht jedoch kein Unterschied zwischen der Arbeitsunfähigkeit, welche das Alter und derjenigen, welche die Invalidität zur Folge hat, denn beide legen ihr dieselbe Unterstützungspflicht auf. Um ihr diese Last abzunehmen werden beide Gesetzaufgaben, die Alters- und Invalidenversicherung nach ihrem gemeinsamen Zweck in ein Gesetz zusammenzufassen und möglichst durch gleiche Grundsätze zu einigen sein.

Nur für einen Grundsatz der Altersversicherung möchten wir eine Änderung zu Gunsten der Invalidenversicherung vorschlagen: nämlich daß der jährliche Unterstützungssatz von 72 Mark, welcher in der Altersversicherung nur den Witwen, aber nicht den verheirateten weiblichen Arbeitern zugesprochen wird, auch den letzteren im Falle ihrer Invalidität zuerkannt werden möge, weil eine in Folge von Krankheit oder durch Unfall lebenslänglich arbeitsunfähig gewordene Frau ihrem Mann mit niedrigem Arbeitslohn die Existenz zu sehr erschweren würde. Wir werden deshalb auch von diesen verheirateten weiblichen Mitgliedern einen entsprechenden Beitrag in Anspruch nehmen.

Mit diesem Unterschiede bleiben alle übrigen Grundsätze für beide Gesetzaufgaben übereinstimmend: die Mitglieder der Altersversicherung sind gleichzeitig Mitglieder der Invalidenversicherung, nur die industriellen und gewerblichen Arbeiter werden ausgeschlossen, weil sie im Invaliditätsfalle durch das bevorstehende Unfallversicherungsgesetz geschützt werden. Diese industriellen u. Arbeiter bilden noch nicht den dritten Teil der Gesamtzahl der Arbeiter, daher können wir nach der Beilage No. XII von den 13 370 000 Mitgliedern der Altersversicherung nur

10 141 422 Mitglieder



für die Invalidenversicherung rechnen. Diese erhalten mit dem Eintritt ihrer Invalidität eine fortlaufende Unterstützung bis zum Beginn ihres 56. Lebensjahres, denn mit diesem Jahre beginnt die Zahlung der Altersrente und mit dem Empfange dieser Rente hört die eventl. bezogene Invaliden-Unterstützung auf.

Nach der obigen Erläuterung des Begriffs der Invalidität beschränkt sich die Invaliden-Unterstützung nur auf dauernd Arbeitsunfähige, es werden hiernach alle nur zeitweise arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter von unserer Invalidenversicherung ausgeschlossen. Diese müssen von ihren Arbeitgebern, wenn sie in deren Dienst durch Unfall oder in Folge einer schweren Krankheit eine Schwächung ihrer Kraft erlitten haben, sonst von der Gemeinde so lange mit einer ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Arbeit beschäftigt werden, bis sie entweder völlig arbeitsunfähig d. h. invalide und in diesem Falle von der Invaliden-Versicherung unterstützt werden, oder bis sie das 56. Lebens- resp. Renten-Empfangsjahr erreicht haben. Durch diese Einschränkung wird die Zahl der Invaliden wesentlich ermäßigt, und wenn wir annehmen, daß die Mehrzahl der Unfälle durch Maschinenkraft entsteht und daß diese durch das Unfallversicherungsgesetz geschützt werden, so bleiben für die Invalidenversicherung außer den Folgen von schweren Krankheiten nur solche Invaliditätsfälle übrig, welche durch den Hufschlag von Pferden, den Hörnerstoß von Stieren, durch Sturz von Pferden oder vom Wagen mit durchgehenden Pferden, durch Herabfallen vom Heuboden, von den Treppen, aus den Fenstern, oder durch die Art beim Holzschlagen, oder beim Umfallen von Baumstämmen, durch unglückliche Flintenschüsse auf der Jagd, bei Rettungsversuchen aus dem Feuer, oder Wasser u. s. w. — kurz Unfälle, wie sie in der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Jagd und beim Gesinde hier und dort vorkommen.

Eine Invaliditäts-Statistik dieser Arbeiter ist nicht vorhanden. Aber wenn sie auch vorhanden wäre, so könnten wir doch ihre lediglich aus Krankheits- und Unglücksfällen hervorgehenden Zahlen nicht in gleicher Weise, wie bei der Sterblichkeit, welche nach einem Naturgesetz für jeden Jahrgang nahezu gleichbleibende Ergebnisse nachweist, als zuverlässige Grundlagen verwerten, um die Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber endgültig festzustellen. Eine Invaliditäts-Statistik der Arbeiter kann daher nur annähernd als Anhalt dienen und einen solchen Anhalt erlangen wir erst mehrere Jahre nach dem Erlaß eines Gesetzes über die Invaliden-Versicherung.

Um jedoch bis dahin keine willkürlichen Zahlen für die Berechnungen der Beiträge annehmen zu müssen, wollen wir „die Unfall-Statistik des Deutschen Reichs nach der Aufnahme vom Jahre 1881“\* zu Grunde legen, obgleich dieselbe nur industrielle Arbeiter einschließt. Sollten ihre Ergebnisse als ein zu großer Maßstab für ländliche Arbeiter erscheinen, so gewinnen wir doch selbst aus der Zugrundelegung dieser Zahlen die Ueberzeugung, daß die Beiträge unter 10 141 522 Mit-

\* Bearbeitet von L. Bödiker, Geheimen Regierungsrat und vortragendem Rat im Reichsamt des Innern. Veröffentlicht in Band L. 111 der Statistik des Deutschen Reichs.



gliedern nur unerheblich sind. Wir werden die in jener Unfall-Statistik als „dauernd teilweise erwerbsunfähig“ rubrizierten Arbeiter mit in die Zahl der Invaliden aufnehmen, zumal wir in den Beiträgen auch für solche Fälle Deckung erhalten wollen, wenn große Ueberschwemmungen, große Brände oder Epidemien u. die Zahl der Invaliden, oder der Witwen verdoppeln, oder verdreifachen.

Bei Zugrundelegung dieser Unfall-Statistik hat die Invaliden-Versicherung nach der Beilage No. XIII jährlich zu unterstützen

No. XIII.

**12 409 Personen.\***

Von diesen erhält jede männliche und jede weibliche unverheiratete Person eine Unterstützung von jährlich 108 Mark, dagegen jede weibliche verheiratete Person, ebenso wie die Frau eines verstorbenen Invaliden oder eines unmittelbar durch Unfall getöteten Mitgliedes 72 Mark.

Die Geldmittel zu diesen Unterstützungen sollen durch Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber, also auf dem Wege der Selbsthilfe nach denselben Prinzipien, wie bei der Altersversicherung, beschafft werden: es sollen also die jährlichen Beiträge 37 Jahre lang zu einem Kapital angesammelt, es sollen ferner die Beiträge der verstorbenen Mitglieder gleichfalls zu jenem Kapital geschlagen werden, es sollen endlich die Zinsen und Zinseszinsen aller dieser Beiträge von 37 Jahren jenem Kapital zufließen. Das auf diese Weise vervielfältigte Kapital\*\* soll — und dies ist der Endzweck — auch nach Ablauf von 37 Jahren jedes folgende Jahr wieder dieselbe Höhe erreichen, denn deshalb werden alle heranwachsenden Generationen, sobald sie ins 19. Lebensjahr treten, obligatorisch als Mitglieder in die Versicherungsanstalt aufgenommen, mithin zahlungspflichtig. Dieses Kapital wird also für alle nachfolgende Arbeiter-Generationen eine Geldquelle, aus welcher ihre Invaliden und Witwen unterstützt und aus welcher die Verwaltungskosten und Ausfälle an Beiträgen gedeckt werden. In diesen Prinzipien liegt auch der Schlüssel zur Lösung des Rätsels, daß wie die Beilage No. XIV nachweist, jährlich nur

No. XIV.

**323 560 Mark**

aufzubringen sind, um nach 37 Jahren und alsdann fortlaufend jährlich

**1 078 740 Mark**

Unterstützungen zahlen zu können.

Wenn die den Gemeinden bisher gesetzlich obliegende Unterstützungslast für die durch's Alter hilfsbedürftig gewordenen Arbeiter (nach Seite 20 und 21) zum kleineren Teile dem Reich übertragen wird, so muß das Reich auch zu Gunsten der durch Invalidität hilfsbedürftig gewordenen Arbeiter zum kleineren Teile an den Kosten teilnehmen, welche mittels der Invalidenversicherung gedeckt werden sollen. Hiernach würde die Summe der Reichs-Beihilfe in demselben Verhältnis zur Summe der Selbsthilfe stehen, wie bei der Altersversicherung, also wie 3 : 4, eventuell 1 : 3. Die Beilage

\* Wir erachten diese Zahl nicht als eine maßgebende, sondern benutzen sie nur als Beispiel, um an demselben durch die Berechnung nachzuweisen, daß die Beiträge sehr niedrig sind, selbst wenn jene Zahl verdoppelt, oder verdreifacht wird.

\*\* Eine Mark, zu 4% angelegt, wächst nach Bleibtreu's Tabellen in 37 Jahren auf 4,2680898 Mark.



No. XIV ad 2 und 3 hat daher den Berechnungen der Invaliden-Versicherung diejenigen der Alters-Versicherung zu Grunde gelegt und nach dem darin angegebenen Verhältnis 3 : 4 die Reichsbeihilfe mit 137 292 Mark in Ansatz gebracht, so daß zur Beschaffung der erforderlichen Jahressumme von 323 650 Mark nur 186 268 Mark durch Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber aufzubringen sind. Hiernach stellt sich der Beitragssatz für jeden Arbeiter und jeden Arbeitgeber nur auf rund

#### 2 Pfennige pro Jahr.

Die Invaliden-Versicherung soll jedoch nicht erst nach 37 Jahren, sondern, ebenso wie Abschnitt 9 der Alters-Versicherung vorschlägt, schon ein Jahr nach dem Erlaß des Gesetzes in Wirksamkeit treten, also an die 12 409 Unterstützungsberechtigten die in der Beilage No. XV angelegte Summe von 1 078 740 Mark jährlich zahlen. In diesem Falle beträgt aber der Beitragssatz für jeden Arbeiter und Arbeitgeber mit Ausschluß der Reichsbeihilfe, rund

#### 7 Pfennige pro Jahr.

Damit jedoch allen nach 37 Jahren heranwachsenden und ihnen folgenden Generationen jene Geldquelle aufgeschlossen wird, welche aus den vorerwähnten Prinzipien entsteht und so ergiebig ist, daß nicht allein die Kosten der Verwaltung und der Ausfälle an Beiträgen gedeckt, sondern auch die Beiträge um zwei Drittel ermäßigt werden können, müssen außer den sieben Pfennigen auch jene zwei Pfennige jährlich gezahlt werden.

Wer soll diese zahlen?

Bei Erwägung großer Gesetze für das Gemeinwesen des Reichs müssen kleine Bedenken zurücktreten, zumal ihre Erledigung, sei es durch das Reich oder durch die Arbeiter selbst, in keinem Falle erhebliche Opfer fordert: denn folgen wir lediglich unserem Rechtsgefühl, so verweisen wir die Zahlung der 186 268 Mark auf das Reich, als das zu solcher Unterstützung verpflichtete dritte Hilfsorgan (vergl. S. 7), — erwägen wir dagegen vom praktischen Standpunkt, daß jene 2 Pfennige für jeden Arbeiter und jedes Jahr in 37 Jahren doch nur 74 Pfennige ausmachen, und daß diese 74 Pfennige für die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter als eine Hinterlassenschaft zu Gunsten ihrer Kinder aufzufassen sind, insofern die nachfolgenden Generationen meistens aus den gegenwärtigen hervorgehen, — erwägen wir endlich, daß diesem verschwindend kleinen Opfer der gegenwärtigen Arbeiter-Generationen ein großes Geldopfer gegenüber steht, welches das Reich für die Altersversorgung derselben Generation bringen soll, so gelangen wir von diesem Gesichtspunkt aus zu der Auffassung, daß die Anweisung der 186 268 Mark auf das Reich nicht erforderlich ist, wenn die Selbsthilfe resp. Leistungsfähigkeit der niedrig gelohnten Arbeiter dieselbe entbehrlich macht.

Anderß stellt sich diese Frage der Reichsbeihilfe für die Altersversicherung, welche nicht rund 12 000, sondern rund 4 Millionen Hilfsbedürftiger unterstützen soll und welche von den Arbeitern jährlich nicht einige Pfennige, sondern über 300 bis 400 mal mehr an Beiträgen fordert. Ein Beitrag von 4 Mark bildet nach unserer Ueberzeugung für niedrig gelohnte ländliche Arbeiter die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und ein solcher Beitrag, sowie ein solcher des Arbeit-



gebers reicht nicht hin, um dem Arbeiter für sein Alter eine ausreichende Rente zu verschaffen. Wenn daher für die Altersversicherung die vorgeschlagene Beihilfe des Reichs verjagt wird, so fallen auch die Beiträge der Selbsthülfe, weil sie allein ihren Zweck nicht erfüllen können, — und mit ihnen fallen 63 Millionen Mark jährlich.

Hiernach empfehlen wir als zehnten Grundsatz:

10. Mit dem Gesetz über Altersversicherung wird eine Invalidenversicherung verbunden, jedoch mit getrennter Klassen- und Buchführung.

Die männlichen und weiblichen Mitglieder der Altersversicherung, welche nicht unter das Unfall-Versicherungs-gesetz fallen, sind zugleich Mitglieder der Invaliden-Versicherung. Zu letzterer werden auch die Frauen gerechnet.

Die männlichen und unverheirateten weiblichen Mitglieder erhalten eine bis zum 56. Lebensjahr fortlaufende Unterstützung von 108 Mark jährlich, wenn sie zwischen ihrem 19. und 55. Lebensjahr in Folge einer Krankheit oder eines Unfalls ein körperliches Leiden zurückbehalten, welches die Verwendung ihrer Arbeitskraft völlig, oder in hohem Grade beeinträchtigt.

In demselben Falle erhalten die verheirateten weiblichen Mitglieder und die Frau eines verstorbenen Invaliden oder eines unmittelbar durch den Unfall getödteten Mitgliedes 72 Mark jährlich.

Die Geldmittel zu dieser Unterstützung sind nach den Grundsätzen der Altersversicherung durch Beiträge der Mitglieder und ihrer Arbeitgeber, also durch Selbsthülfe, sowie durch eine ergänzende Beihilfe des Reichs für die ersten 37 Jahre aufzubringen, indessen darf die Reichsbeihilfe zur Summe der Selbsthülfe nur in dem Verhältnis, wie 3:4 event. 1:3 stehen. Die Reichsbeihilfe ist durch die im Grundsatz 8 erwähnte Reichsteuer zu decken.

### Schluß.

Die auf zu kleine Gemeinde-Verbände gelegte Armenlast wurde in England die Veranlassung zur Reform der Armengesetzgebung, welche das Eingangs erwähnte große Armengesetz von 1834 regelt. Wir haben aus demselben nur als Beispiel angegeben, daß die Einkommensteuer (Poor rate) für Hilfsbedürftige unter 23½ Millionen Einwohnern im Durchschnitt jährlich 135 Millionen Mark beschaffen muß und daß außerdem für die Aufsicht über die Ausführung dieses Gesetzes das Parlament 18 Millionen Mark jährlich aus der Staatskasse bewilligt.

Das geeinigte deutsche Reich von 45 Millionen, — geeinigt erst nach 156 Gefechten und 17 Schlachten, nach Gefangennahme so vieler Hunderttausende, wie die Kriegsgeschichte aller Zeiten und Länder bisher



nicht gekannt hat, — steht jetzt gleichfalls vor einer Reform seiner Armengesetzgebung. Diese soll jedoch, im Gegensatz zur englischen Reform, unsere Arbeiter und Arbeitgeber zur Selbsthilfe resp. zur Aufbringung von 63 Millionen Mark jährlich heranziehen und von der Gesamtheit der Nation nur eine ergänzende Beihilfe von 19 Millionen Mark jährlich beanspruchen, — aber für die Übergangszeit bis zur praktischen Ausführung dieser Reform steht das Reich vor der Frage:

ob das einmalige Opfer von 240 Millionen und außerdem die auf 4 Jahrzehnte beschränkte Beihilfe von rund 5 resp. 10\* Millionen Mark einen zu hohen Preis bilden für die Ziele, welche mit diesen Opfern noch zu unseren Lebzeiten erreicht werden können?

Die Ziele sind folgende:

Die Alters- und Invaliden-Versicherung vermindert in Gemeinschaft mit den beiden anderen sozialen Gesetzen die Zahl der Hilfsbedürftigen im Reich um weit über 4 Millionen und macht es dadurch den Gemeinden möglich, andere Zweige der Armenpflege zu vervollkommen, — sie beseitigt die Ursache des Vagabondierens und Bettelns aller durchs Alter und Invalidität unterstützungsbedürftig gewordenen Arbeiter, resp. bindet sie an ihren heimatlichen Wohnsitz, — sie nötigt und gewöhnt jugendliche Arbeiter zur Sparjamkeit resp. Mäßigkeit, — sie erfüllt die Alten und Invaliden mit Dankbarkeit und ihre Kinder mit doppelter Liebe und Treue für Kaiser und Reich, für König und Vaterland, denn sie einigt das deutsche Reich auch in der Gesetzgebung für Hilfsbedürftige und wird für sein Gemeinwesen und seine Kultur eine der wohlthätigsten Einrichtungen unseres Jahrhunderts, das großartigste Werk der Nächstenliebe.

Wir schließen mit dem Wunsche, welchen Seine Majestät der Kaiser nach beendigtem Kriege in seiner ersten Thronrede vom 21. März 1871 aussprach:

„Möge die Wiederherstellung des deutschen Reichs für die deutsche Nation auch nach Innen das Wahrzeichen neuer Größe sein.“

\* Vergl. Beilage No. XI.



# Beilage zur Alters- und Invaliden-Versicherung.

(Die Berechnungen in der Beilage sind vom Kataster-Supernumerar  
**Herrn Giese**  
in Königsberg i. Pr. angefertigt.)

## No. I.

Die Berufszählung vom 5. Mai 1882 ergibt folgende Arbeiter:

1. als dienende für häusliche Arbeit im Haushalt ihrer Herrschaft . . . . .	1 324 814
2. bei Land-, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Jagd an Gehülften und Arbeitern . . . . .	5 015 478
3. bei Bergbau, Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen an Gehülften und Arbeitern . . . . .	4 096 458
4. bei Handel und Verkehr an Gehülften und Arbeitern . . . . .	727 128
5. in der Landwirtschaft und Gärtnerei:	
a) an Tagelöhnern als Hauptberuf (neben Landwirtschaft) . . . . .	865 333
b) an Tagelöhnern (alleiniger Beruf) . . . . .	1 374 593
c) an sonstigen Gehülften . . . . .	3 560 738
Summa	<b>16 964 542*</b>

\* Das Aufsichts-, Beamten-, Rechnungs-Personal u. ist nicht eingerechnet.

## No. II.

Von diesen 16 964 542 Arbeitern kommen für die Altersversicherung diejenigen Personen in Abzug

1. welche zwischen dem 14ten und 18ten Lebensjahre unter No. 1 als dienende oder Gehülften mit eingerechnet sind, außerdem
2. alle Mitglieder der Knappschaftsvereine, weil nach ihren Statuten für ihre Altersschwachen gesorgt ist.

Nach Kretschmanns Berechnungen bleiben für die Altersversorgung

**13 370 000 Arbeiter.**

Diese Zahl ist von ihm auf zwei Wegen ermittelt: einmal aus einer Denkschrift des Finanzministeriums vom Jahre 1872 über die (nach dem Gesetz vom 1. Mai 1851) zur Klassensteuer beitragenden Personen und zweitens aus der vorletzten Berufszählung nach Abzug der unter 1 und 2 erwähnten Arbeiter.

## No. III.

In der Sterblichkeitstafel\* ist das Sterblichkeits-Verhältnis unter 100 000 Personen in jedem Lebensjahre festgestellt.

Zählen wir in dieser Tafel zuerst alle männlichen und von diesen getrennt, wieder alle weiblichen Personen vom 19ten bis 56sten Lebensjahre zusammen: ihre Zahl zusammen beträgt 6 208 860, — zählen wir alsdann in derselben Tafel alle männlichen, und von diesen getrennt, alle weiblichen Personen vom 56sten bis 101sten Jahre zusammen: ihre Zahl zusammen beträgt 1 977 768,

\* Die Zahlen, welche die Sterblichkeitstafel aus dem Vergleich der Anfang 1867, 1868, 1872, 1875, 1876 und 1877 in Preußen vorhandenen Lebenden und der in denselben Jahren Gestorbenen aufstellt, sind in der Weise umgerechnet, daß sie mit 100 000 am Anfange des 19ten Lebensjahres stehenden Personen beginnt. (Kretschmann S. 38).



Hierdurch haben wir ermittelt, daß von 6 208 860 Personen 1 977 768 das 56ste Lebensjahr erreichen. Um nun unter Berücksichtigung derselben Sterblichkeit zu ermitteln, wie viele von unseren 13 370 000 Arbeitern das 56ste Lebensjahr erreichen, rechnen wir, wie folgt: von 6 208 860 Personen erreichen 1 977 768 das 56ste Lebensjahr, folglich erreichen von 13 370 000 Personen  $\frac{13\,370\,000}{6\,208\,860}$  mal mehr Personen dasselbe Alter. Diese Zahl beträgt **4 258 875 \*\***.

Dies ist unter 13 370 000 männlichen und weiblichen Arbeitern die Zahl derjenigen, welche zwischen dem 56sten und 101sten Lebensjahre stehen.

\*\*) Der einfacheren Berechnung wegen haben wir unter den 13 370 000 Arbeitern eine gleiche Zahl der männlichen und eine gleiche Zahl der weiblichen Personen angenommen. In diesem Falle ergibt die Berechnung 4 258 875. Nach der Statistik befinden sich jedoch unter den 13 370 000 Arbeitern 6 700 000 männliche und 6 670 000 weibliche Personen, mithin 30 000 weibliche Personen weniger, als Männer. Wenn man dieses Zahlen-Verhältnis der Berechnung zu Grunde legen will, so erhält man die Zahl: **4 254 998**.

#### No. IV.

Wenn die in No. II berechneten 13 370 000 Arbeiter als Mitglieder in die Rentenversicherung eintreten, wenn ferner diese Mitglieder 37 Jahre hinter einander Beiträge zahlen und zwar die männlichen und unverheirateten weiblichen Mitglieder 3 Mark jährlich, dagegen die weiblichen Mitglieder, welche sich später verheiraten, im ganzen 16 Mark, so belaufen sich die Beiträge der zwischen dem 19ten und 56sten Lebensjahre verstorbenen Mitglieder auf 28 221 639 Mark.

Die Berechnung besteht aus zwei Teilen:

1. aus dem Nachweis der Verstorbenen nach Maßgabe der Sterblichkeitstafel und
2. aus der Berechnung der Beiträge, welche die Verstorbenen gezahlt haben.

**ad 1.** Von 100 000 männlichen und ebenso viel weiblichen Arbeitern, welche bei Beginn ihres 19ten Lebensjahres in die Rentenversicherung eintreten, sterben bis zum Beginn ihres 20sten Jahres 666 männliche und 550 weibliche Personen, und in jedem folgenden Jahre eine ähnliche, jedoch mit der Zunahme der Lebensjahre allmählich steigende Zahl, so daß von je 100 000 Personen in 37 Jahren 40 609 männliche und 35 444 weibliche Personen verstorben sind. Hiermit haben wir das Verhältnis der Sterblichkeit unter 100 000 Männern und Frauen ermittelt.

Es treten aber von den 13 370 000 Arbeitern in Wirklichkeit jährlich 217 903 männliche und 212 821 weibliche Personen in die Rentenversicherung ein. Wir wissen, daß von 100 000 Männern in 37 Jahren 40 609 sterben, daher sterben von 217 903 jährlich  $\frac{40\,609 \times 217\,903}{100\,000} = \mathbf{88\,488}$  Männer.

In derselben Weise berechnen wir die Zahl der weiblichen Personen: Von 100 000 sterben in 37 Jahren 35 444, folglich sterben von 212 821 in derselben Zeit **75 432**. Diese letzte Zahl müssen wir jedoch zerlegen, weil nur diejenigen, welche unverheiratet bleiben, den Beitrag von 3 Mark fortlaufend zahlen, dagegen die anderen bloß bis zu ihrer Verheiratung und zwar im ganzen 16 Mark. Nach Maßgabe der Preussischen Statistik (Band 48 A S. 145 und Band 39 S. 651) bleiben unter den weiblichen Personen **670 000** unverheiratet, während sich **6 000 000** verheiraten. Wir wollen das 23ste Lebensjahr als Durchschnittsjahr ihrer Verheiratung, der einfacheren Berechnung halber, annehmen. Trennen wir nun jene 75 432 Verstorbenen nach dem Verhältnis der vorerwähnten statistischen Ermittlung, so zählen wir unter den Verstorbenen **67 855** verheiratete und **7 575** unverheiratete weibliche Personen.

**ad 2.** a) die Beiträge, welche von den 88 488 verstorbenen Männern gezahlt sind, betragen unter Berücksichtigung des vom 19ten bis 56sten Lebensjahres zunehmenden Sterblichkeitsverhältnisses im Durchschnitt 617 849 Mark jährlich.

b) die Beiträge, welche die 75 432 verstorbenen weiblichen Personen gezahlt haben, betragen

aa. von den 7 577 unverheirateten 52 612 Mark jährlich,

bb. von den verheirateten Frauen leben nach Maßgabe der Sterblichkeitstafel im 23sten Lebensjahre 186 856 und im 56sten Lebensjahre 123 588, folglich sind in diesen 32 Jahren **63 268** verstorben, welche in ihrem 23sten Lebensjahre 16 Mark eingezahlt haben. Diese 16 Mark von 63 268 verstorbenen



Frauen bilden ein Kapital von 1 012 288 Mark, welches in 32 Jahren Zins auf Zins 4 vom Hundert gerechnet 3 414 582 Mark giebt.

Hiernach erhält die Rentenversicherung jedes Jahr:

von den verstorbenen männlichen Mitgliedern . . . . .	617 849 Mark
von den verstorbenen unverheirateten weiblichen Mitgliedern . . . . .	52 612 "

Summa 670 461 Mark

folglich in 37 Jahren Zins auf Zins 4 vom Hundert . . . . . 24 807 057 Mark

Außerdem von den verstorbenen verheirateten weiblichen Mitgliedern 3 414 582 "

zusammen **28 221 639 Mark.**

#### No. V.

Nach Kretschmann's finanziellen Berechnungen, welchen die Tabellen der politischen Arithmetik von Professor Bleibtreu zu Grunde liegen, kann

1. für jedes männliche Mitglied eine Rente von 108 Mark fortlaufend gezahlt werden, wenn der jährliche Beitrag für dasselbe 9,47 Mark beträgt, von welchen 3 Mark der Arbeiter, 3 Mark der Arbeitgeber und 3,47 Mark das Reich zahlt. Die Zahl dieser Mitglieder beträgt 6 700 000, daher ist für dieselben jährlich die Summe von  $6\,700\,000 \times 9,47 = 63\,449\,000$  Mark erforderlich.
2. Für jedes unverheiratete weibliche Mitglied, welches eine jährliche Rente von 108 Mark erhalten soll, ist ein jährlicher Beitrag von 10,67 Mark erforderlich, von welchen 3 Mark die Arbeiterin, 3 Mark ihr Arbeitgeber und 4,67 Mark das Reich zahlt. Die Zahl dieser Mitglieder beträgt 670 000, daher ist für dieselben jährlich eine Summe von  $670\,000 \times 10,67$  Mark = 7 148 900 Mark erforderlich.
3. Für die 6 Millionen verheirateten weiblichen Mitglieder, welche nach dem Tode ihrer Männer eine Witwen-Rente von 72 Mark erhalten sollen, ist jährlich eine Summe von 6 074 675 Mark erforderlich. Diese Summe setzt sich zusammen aus den von ihnen vor der Verheiratung gezahlten Beiträgen von 4 671 400 Mark und einem Reichs-Zuschuß von 1 403 275 Mark.
4. die Ausfälle an Beiträgen für 7 370 000 beitragspflichtiger Mitglieder werden auf jährlich 4 790 500 Mark berechnet.
5. Die Verwaltungskosten werden auf 1 380 000 Mark berechnet.

Die Gesamtsumme beträgt also

**82 843 075 Mark.**

#### No. VI.

Von den 13 370 000 Mitgliedern ist ein großer Teil zeitweise von der Beitragszahlung befreit, nämlich

- a) alle männlichen Mitglieder während der Erfüllung ihrer dreijährigen Militärs-Dienstpflcht, rund 200 000 jährlich,
- b) alle weiblichen Mitglieder nach ihrer Verheiratung, im ganzen 6 000 000.

Es bleiben also nur 7 170 000 Mitglieder, welche fortlaufend 3 Mark zahlen.

Dazu kommen ihre Arbeitgeber, gleichfalls mit 3 Mark, macht zusammen 6 Mark, mithin bilden die Beiträge dieser  $7\,170\,000 \times 6$  die Summe von **43 020 000 Mark.**

Die unter b) erwähnten weiblichen Mitglieder, 6 Millionen, zahlen bis zum Jahre ihrer Verheiratung, welche zwischen ihrem 19. und 27. Lebensjahre zu erfolgen pflegt, im Durchschnitt 16 Mark und ihre Arbeitgeber 9 Mark, zusammen 25 Mark. Nehmen wir nun von diesen gewöhnlichen 9 Heiratsjahren das 23. Lebensjahr als Durchschnittsjahr an. Von den 6 Millionen stehen nach der Sterblichkeitstafel **186 856** im 23. Lebensjahr. Die Beiträge dieser Personen und ihrer Arbeitgeber betragen also  $186\,856 \times 25 =$  **4 671 400 Mark.**

Beide Summen zusammen ergeben  $43\,020\,000 + 4\,671\,400 =$

**47 691 400 Mark.**

Dies ist das Kapital, welches die Selbsthilfe jährlich aufbringt.

#### No. VII.

Wenn durch Selbsthilfe 47 691 400 Mark aufgebracht werden sollen, so muß nach der vorigen Berechnung der Arbeiter 3 Mark und der Arbeitgeber 3 Mark, beide zusammen 6 Mark jährlich beitragen, wenn aber von jedem dieser beiden  $\frac{1}{6}$  mehr



= 50 Pfennige, also zusammen 1 Mark mehr beigetragen werden, so würde dieser Mehrbetrag allem  $\frac{47\,691\,400}{3} = 7\,948\,567$  ausmachen, mithin die ganze Summe

der Selbsthilfe  $47\,691\,400 + 7\,948\,567 =$   
**55 639 967 Mark**

betragen. In diesem Falle fehlen an den 82 843 075 Mark nur **27 203 108 Mark.**

Das Verhältnis jener durch Selbsthilfe aufgebrachten 55 639 967 zu diesen 27 203 108, welche beschafft werden sollen, würde etwa **2 : 1** sein. Soll sich aber dieses Verhältnis wie **3 : 1**

stellen, so müssen von dem Arbeiter 4 Mark und von dem Arbeitgeber auch 4 Mark, zusammen 8 Mark beigetragen werden. In diesem Falle ergeben sich folgende Summen:

1. durch Selbsthilfe . . . . .	<b>63 588 534 Mark</b>
2. zu beschaffen . . . . .	<b>19 254 541 "</b>
zusammen	<b>82 843 075 Mark.</b>

### No. VIII.

Mit dem 56. Lebensjahre beginnt die Zahlung der Renten. Wenn von zwölf Jahrgängen der jüngste ins 56. Lebensjahr tritt, so tritt der älteste ins 67. Jahr. Um nun die Kopfszahl der Renten-Empfänger aus diesen 12 Jahrgängen vom 56. bis 67. Lebensjahre zu ermitteln und alsdann die Summe ihrer Renten zu berechnen, müssen wir die Kopfszahl aus jedem einzelnen Jahrgange vom 56. bis 67. an der Hand der Sterblichkeitstafel ermitteln, und zwar:

1. bei den männlichen Arbeitern,
2. " " unverheirateten weiblichen Arbeitern,
3. " " Witwen.

ad 1. Wenn in die Altersbank 37 Jahre hinter einander, also jedes Jahr 100 000 im 19. Lebensjahre stehende männliche Personen als Mitglieder eintreten, so beläuft sich ihre Gesamtzahl auf 3 074 763. Von diesen stehen die jüngsten Mitglieder im 19. und die ältesten im 56. Lebensjahre. Die Zahl der letzterwähnten Mitglieder beträgt nach der Sterblichkeitstafel 59 391.

Es treten aber von unseren 13 370 000 Arbeitern in Wirklichkeit 6 670 000 männliche Mitglieder in die Altersbank, daher erreichen von diesen nach dem vor-  

$$\frac{59\,391 \times 6\,700\,000}{3\,074\,763} = 129\,415$$
erwähnten Sterblichkeitsverhältnis das 56. Lebensjahr  
**129 415**  
 Mitglieder.

ad 2. Ebenso erreichen nach derselben Sterblichkeitstafel von 3 134 097 weiblichen Personen 64 556 das 56. Lebensjahr, folglich von 670 000 unverheirateten weiblichen Mitgliedern **13 801.**

ad 1 und 2. Zusammen erreichen also von den männlichen und unverheirateten weiblichen Mitgliedern das 56. Lebensjahr **143 216.**

Dieses Sterblichkeits-Verhältnis bleibt für das 56. Lebensjahr immer dasselbe, ebenso für das 57. 58. u. s. w. bis 67. Lebensjahr, jedoch mit jedem zunehmenden Lebensjahre steigend. Um Raum zu ersparen, wollen wir nicht, wie ad 1 und 2, jeden einzelnen Jahrgang vom 57. bis 67. vorrechnen, sondern geben hier die berechnete gesammte Kopfszahl der männlichen und unverheirateten weiblichen Mitglieder vom 56. bis 67. Lebensjahre, sie beträgt **1 424 391.**

Erhält nun von diesen jede Person eine jährliche Rente von 108 Mark so beläuft sich die Summe auf **153 834 228 Mark.**

ad 3. Nach den Volkszählungen von 1867 bis 1876 (Kretschmann S. 55) waren die Frauen **2 Jahre 7 Monate 11 Tage jünger**, als die Männer. Um nun annähernd die Zahl der **Witwen** zu ermitteln, welche im 56. bis 67. Lebensjahre stehen, müssen wir nach Maßgabe der Sterblichkeitstafel die im 56. bis 67. Lebensjahre stehenden weiblichen Personen zusammen zählen: ihre Zahl beträgt 1 266 009, ferner müssen wir die im **2 Jahre älteren**, also die im 58. bis 69. Lebensjahre stehenden Männer gleichfalls zusammen zählen: ihre Zahl beträgt 1 178 075. Ziehen wir die letzte Zahl von der ersten ab, so erhalten wir **87 934.**

Dies ist die Zahl der Witwen, welche wir als Renten-Empfänger zu den ad 1 und 2 berechneten 1 424 391 hinzuzählen, macht **1 512 325.**

Jede Witwe erhält eine Rente von 72 Mark, also beträgt die Summe der Witwen-Rente  $72 \times 87\,934 =$  **6 331 248 Mark.**



ad 1 und 2 und 3. Nach Maßgabe der Statistik (Vergl. No. IV ad 1) bleiben von den weiblichen Mitgliedern 670 000 unverheiratet und diese erhalten eine Rente von 108 Mark, während 6 Millionen verheiratet waren und von diesen erhalten nur die **Witwen**, 87 934 an Zahl, die Rente von 72 Mark. Diese Rente im Betrage von 6 331 218 Mark ist daher zu den 153 834 228 in Zugang zu bringen und ergibt

**160 165 476 Mark.**

#### No. IX.

Zählen wir in der Sterblichkeitstafel sowohl die Personen, welche im 56. bis 61., als auch diejenigen, welche im 56. bis 101. Jahre stehen, zusammen, so erhalten wir die Zahlen: 293 496 und 988 824. Dies sind die Verhältniszahlen der Sterblichkeit bei Zugrundelegung von 100 000 Personen. Da aber die wirkliche Zahl der im 56. bis 101. Jahre stehenden Personen 4 258 875 beträgt, so haben wir unter Zugrundelegung derselben Sterblichkeit folgende Gleichung aufzustellen:

$$\begin{array}{r} 988824 : 293496 = 4258875 : X = \\ 4258875 \times 293496 = \\ \hline 988824 \end{array}$$

**1 264 090.**

Dies ist die Zahl der im 56. bis 61. Lebensjahre stehenden Personen.

#### No. X.

Die Zahl der Alten, welche im 61. bis 101. Lebensjahre stehen, erhalten wir durch Subtraktion. Die Zahl der Personen vom 56. bis 101. Jahre beträgt **4 258 875**, die Zahl der Personen vom 56. bis 61. Jahre beträgt **1 264 090**. Ziehen wir die letzte Zahl von der ersten ab, so erhalten wir

**2 994 785.**

Dies ist die Zahl der im 61. bis 101. Jahre stehenden Personen.

#### No. XI.

In Kretschmann's finanziellen Berechnungen, (S. 69 bis 74) wird nachgewiesen, daß

1. an Beiträgen . . . . .	24 322 197 Mark
2. „ Armenverbände . . . . .	14 639 819 „
3. „ Verwaltungskosten . . . . .	1 380 000 „
zusammen . . . . .	<b>40 342 016 Mark</b>

also rund 40 Millionen Mark jährlich zu zahlen sind.

Rechnet man von diesen 40 Millionen die 35 Millionen ab, welche von den Gemeinden und von der Privat-Wohltätigkeit faktisch gezahlt und nach dem Vorschlage der Reform durch eine Reichsteuer aufgebracht werden sollen, so sind in den ersten 25 Jahren nur **5 Millionen** jährlich zu zahlen. In den nächstfolgenden Jahren sind jährlich folgende Zahlungen zu leisten:

1. die vorerwähnte, durch Reichsteuer aufzubringende Beihilfe von rund	35 000 000 Mark
2. die an die Armenverbände zu erstattenden Beiträge	
von . . . . .	9 823 922 „
zusammen . . . . .	<b>44 823 992 Mark</b>

also rund 45 Millionen Mark.

Es würden also in diesen 19 Jahren nach Abrechnung jener 35 Millionen jedes Jahr **10 Millionen Mark** zu zahlen sein.

#### No. XII.

Die Berufszählung in der Beilage No. I. bildet die Grundlage der Berechnungen: Wenn unter der Gesamtzahl der Arbeiter, welche 16 964 542 zählen, sich 4 096 458 industrielle und gewerbliche Arbeiter befinden, so befinden sich unter den Mitgliedern der



Altersversicherung, welche nach der Beilage No. II. 13370000 zählen,  
 $4\,096\,458 \times 13\,370\,000 = 3\,228\,478$  industrielle und gewerbliche Arbeiter. Da

$16\,964\,542$

nun diese letzteren von der Invalidenversicherung ausgeschlossen werden, so bleiben

$13\,370\,000 - 3\,224\,478 =$

**10 141 522** Mitglieder der Invalidenversicherung.

Unter diesen befinden sich männliche und weibliche Personen: sie stehen in dem Verhältnis, wie  $6\,700\,000 : 13\,370\,000 = X : 10\,141\,522 = 5\,082\,139$  d. h. es befinden sich unter 10 141 522 Mitgliedern

**5 082 139** männliche und

**5 059 383** weibliche Mitglieder.

### No. XIII.

Die Unfall-Statistik des deutschen Reichs nach der Aufnahme vom Jahre 1881 wird den Berechnungen der Invalidenversicherung zu Grunde gelegt.

Nach dieser Statistik beträgt die Kopfzahl der Arbeiter in 93554 gewerblichen Betrieben 1957 548 und zwar 1 615 253 männliche und 342 295 weibliche Arbeiter.

1. Unter diesen Arbeitern treten in einem Jahr 1986 Unfälle mit tödlichem Ausgange ein, und zwar 1953 bei männlichen und 33 bei weiblichen Arbeitern.

Bleiben wir zunächst bei den 1953 verunglückten Männern, weil ihre hinterlassenen Witwen Anspruch auf eine Invaliden-Unterstützung haben würden.

Die Mitglieder der Invaliden-Versicherung stehen zwischen dem 19ten und 56ten Lebensjahre und sind daher, mit Ausnahme der jüngeren Jahrgänge, fast sämtlich verheiratet. Wir wollen für unsere Berechnungen lieber zu viel, als zu wenig Verheiratete annehmen und deshalb passieren lassen, daß die 1953 durch Unfall amgekommene Männer sämtlich verheiratet waren und somit 1953 Witwen mit dem Anspruch auf Invaliden-Unterstützung hinterlassen haben. Dies wäre jedoch nur die Zahl der Witwen, welche die industriellen Arbeiter der Unfall-Statistik hinterlassen, — wir zählen aber nach No. XII. als Mitglieder der Invaliden-Versicherung 5 082 139 Männer, und diese hinterlassen nach Maßgabe jener angenommenen Statistik jährlich

$1\,953 \times 5\,082\,139 = 6\,145$  Witwen.

$1\,615\,253$

2. Von den zur Unfall-Statistik gehörenden 1 615 253 Männern werden dauernd erwerbsunfähig in einem Jahr 1 596.

Wenn wir diese Zahl als Maßstab an die 5 082 139 Männer der Invaliden-Versicherung anlegen, so zählen wir

$1\,596 \times 5\,082\,139 = 5\,022$  invalide Männer.

$1\,615\,253$

Ferner werden von 342 295 weiblichen Arbeitern der Unfall-Statistik dauernd erwerbsunfähig in einem Jahr 84.

Mit Zugrundelegung dieser Zahl würden wir bei den 5 039 383 weiblichen Mitgliedern der Invaliden-Versicherung

$84 \times 5\,039\,383 = 1\,242$  weibliche Invaliden

$342\,295$

zählen. Unter ihnen befinden sich auch unverheiratete weibliche Personen und diese stehen nach Maßgabe der unter No. IV ad 1 angenommenen Statistik in dem Verhältnis von  $670\,000 : 6\,670\,000$  d. h.

$1\,242 \times 670\,000 = 125$  unverheiratete weibliche Invaliden.

$6\,670\,000$

Die Invaliden-Versicherung hat also jährlich zu unterstützen:

- a. 5 022 Männer,
- b. 125 unverheiratete weibliche Arbeiter,
- c. 1 117 verheiratete weibliche Arbeiter,
- d. 6 145 Witwen.

Summa **12 409** Personen.



## No. XIV.

Die Unterstützung der in No. XIII berechneten Personen beträgt:

108 Mark für jedes männliche und unverheiratete weibliche Mitglied,

72 Mark für jedes verheiratete weibliche Mitglied und jede Witwe.

Die Geldmittel zu diesen Unterstützungen sollen nach denselben Prinzipien aufgebracht werden, wie in der Altersversicherung.

Hiernach können die Berechnungen der Altersversicherung denjenigen der Invalidenversicherung zu Grunde gelegt werden, um zu ermitteln:

1. die jährliche Summe, welche im Laufe von 37 Jahren jedes Jahr aufgebracht und zum Kapital angesammelt werden muß;
2. denjenigen Teil dieser Jahressumme, welchen die Arbeiter und Arbeitgeber allein und denjenigen Teil, welchen das Reich allein zu zahlen haben;
3. die Höhe des jährlichen Beitrags für jedes einzelne Mitglied.

**Zu 1.** In der Altersversicherung sind nach der Beilage No. V zur Unterstützung von 4 258 875 Altersschwacher 82 843 075 Mark erforderlich. Unter diesen 4 258 875 Personen befinden sich nach der Sterblichkeitstafel:

- a) 1 998 153 männliche Personen,
- b) 226 711 unverheiratete weibliche Personen,
- c) 498 642 Witwen und
- d) 1 535 369 verheiratete weibliche Personen.

Von diesen erhalten die unter d erwähnten Frauen keine Rente, dagegen die unter a und b erwähnten Personen, welche zusammen 2 224 864 zählen, jährlich 108 Mark und die unter c erwähnten 498 642 Witwen 72 Mark.

Wir wollen nun zur Erleichterung der Berechnung annehmen, daß die unter c erwähnten Witwen nicht 72, sondern gleichfalls 108 Mark erhalten, aber dann müssen wir, um die Summe der oben erwähnten Unterstützungen nicht zu ändern, die Zahl der Witwen in dem Verhältnis von 108:72 d. h. wie 3:2 durch folgende Gleichung reduzieren:

$$3:2 = 498\,642 : x = 997\,284 = 332\,428.$$

3

Die Zahl der Witwen würde also nicht 498 642, sondern **332 428** betragen, und wir können hiernach sagen: Wenn jede Person jährlich 108 Mark erhält, so können nach den Prinzipien der Altersversicherung mit der obigen Summe von 82 843 075 Mark unterstützt werden:

$$1\,998\,153 \text{ und } 226\,711 \text{ und } 332\,428 = 2\,557\,292 \text{ Personen.}$$

In gleicher Weise rechnen wir in der Invalidenversicherung: Von den 12 409 Unterstützungsberechtigten befinden sich nach der Berechnung unter No. XIII 5 147 männliche und unverheiratete weibliche Personen, welche ebenso wie in der Altersversicherung jährlich 108 Mark erhalten, und 7 262 Frauen und Witwen, welche 72 Mark erhalten.

Wenn wir nun annehmen, daß diese Frauen und Witwen auch 108 Mark erhalten, so können von den 7 262 nur  $\frac{2}{3}$ , mithin  $7\,262 - \frac{1}{3} = 4\,841$  Personen 108 Mark erhalten. Also zur Unterstützung von 5 147 Personen mit 108 Mark jährlich und 7 262 Personen mit 72 Mark jährlich ist eine gleiche Summe erforderlich, als wenn 5 147 und 4 841 = **9 988** Personen mit 108 Mark unterstützt werden.

Wie oben nachgewiesen, ist zur Unterstützung von 2 557 292 Personen mit jährlich 108 Mark eine Summe von 82 843 075 Mark erforderlich, also für eine Person

$$\begin{array}{r} 82\,843\,075 \\ 2\,557\,292 \\ \hline 82\,843\,075 \\ 2\,557\,292 \end{array} \text{ Mark und für die obigen } 9\,988$$

$$\times 9\,988 = 323\,560 \text{ Mark.}$$

Hiernach beträgt die jährliche Summe zur Unterstützung von 12 409 Personen, sowie zur Deckung der Verwaltungskosten und der Ausfälle an Beiträgen

**323 560 Mark.**

**Zu 2.** In der Altersversicherung haben zur Aufbringung der 82 843 075 Mark nach der Beilage No. VI die Arbeiter und Arbeitgeber 47 691 400 Mark, dagegen das Reich 35 151 675 Mark aufzubringen, folglich haben in der Invalidenversicherung zur Aufbringung von 323 560 Mark in demselben Verhältnis beizutragen:

a) die Arbeiter und Arbeitgeber:

$$\begin{array}{r} 47\,691\,400 \\ 82\,843\,075 \end{array} \times 323\,560 = 186\,268 \text{ Mark}$$

82 843 075



b) das Reich den Rest **137 292** Mark.

**zu 3.** Zur Aufbringung von 186 268 Mark sind 10 141 522 Mitglieder der Invalidenversicherung vorhanden, es hat also jedes Mitglied  $\frac{186\,268}{10\,141\,522} = 1,8$  Pfennige zu zahlen.

Da jedoch die Frauen und Witwen nicht 108, sondern nur 72 Mark als Unterstützung erhalten, so müssen die verheirateten weiblichen Mitglieder in dem Verhältnis wie 3:2 zu den Beiträgen herangezogen werden, statt daß also jedes männliche oder unverheiratete weibliche Mitglied 1,8 Pfennige und jedes verheiratete weibliche Mitglied gleichfalls 1,8 Pfennige, also zusammen 3,6 Pfennige zahlen, müssen drei Teile hiervon von dem Mann und zwei Teile von der Frau aufgebracht werden, also hat jedes männliche und unverheiratete weibliche Mitglied zusammen mit ihren Arbeitgeber **2,2** Pfennige und jedes verheiratete Mitglied mit dem Arbeitgeber **1,4** Pfennige beizutragen.

Hiernach stellen sich die Beiträge wie folgt:

1. jedes männliche und jedes unverheiratete weibliche Mitglied	1,1	Pfennige
2. deren Arbeitgeber ebenfalls	1,1	"
3. jedes verheiratete weibliche Mitglied	0,7	"
4. deren Arbeitgeber	0,7	"
5. das Reich	137 292	Mark.

#### No. XV.

Wenn die Invalidenversicherung die Unterstützung an die 12 409 berechtigten Personen nicht erst nach 37 Jahren, sondern schon nach dem Erlaß des Gesetzes zahlen soll, so beträgt die dazu erforderliche Summe:

- für 5 147 männliche und unverheiratete weibliche Mitglieder  
 $5\,147 \times 108 = 555\,876$  Mark
- für 7 262 verheiratete weibliche Mitglieder und Witwen  
 $7\,262 \times 72 = 522\,864$  Mark

Beide Summen zusammen machen **1 078 740** Mark.

Diese Summe von 1 078 740 Mark ist von 10 141 522 Mitgliedern jährlich durch Beiträge aufzubringen, deren Höhe in dem Verhältnis der von ihnen zu beziehenden Unterstützung steht, d. h. die Frauen sollen zwei Teile und die Männer und unverheirateten weiblichen Mitglieder drei Teile (108:72) des Beitrags zahlen.

Wir haben zunächst die Zahl dieser beitragszahlenden Mitglieder zu ermitteln. Aus der Altersversorgung wissen wir, daß unter 13 370 000 Mitgliedern sich 6 000 000 Frauen befinden, folglich befinden sich unter 10 141 522 Mitgliedern

$$\frac{6\,000\,000}{10\,141\,522} \times 10\,141\,522 = 4\,551\,169 \text{ Frauen.}$$

13 370 000

Hiernach befinden sich unter

10 141 522 Mitgliedern

5 590 353 männliche und unverheiratete weibliche Mitglieder und

4 551 169 Frauen.

Wenn wir nun annehmen wollen, daß die männlichen und unverheirateten weiblichen Mitglieder nicht 3 Teile, sondern nur einen Teil, und ebenso die Frauen nicht 2 Teile, sondern nur einen Teil des Beitrages zahlen, so müssen wir, um 1 078 740 Mark zu erhalten,  $5\,590\,353 \times 3 = 16\,771\,059$  und  $4\,551\,169 \times 2 = 9\,102\,338$ , also zusammen 25 873 397 beitragspflichtige Personen haben und es würde jeder Teil des Beitrags  $\frac{1\,078\,740}{25\,873\,397}$  Mark = 0,0417 Mark betragen.

Da aber die Frauen nur zwei Teile zahlen sollen, so beträgt ihr Beitrag mit Einschluß ihrer Arbeitgeber  $0,0417 \text{ Mark} \times 2 = 8,34$  Pfennige und der Beitrag der männlichen und unverheirateten weiblichen Mitglieder mit Einschluß ihrer Arbeitgeber  $0,0417 \text{ Mark} \times 3 = 12,51$  Pfennig.

Es sind also in den ersten 37 Jahren nach Erlaß des Gesetzes zu zahlen:

- von jedem männlichen und unverheirateten weiblichen Mitgliede 1,1 und 6,25 = **7,35** Pfennige
- von deren Arbeitgeber ebenfalls . . . . . 1,1 und 6,26 = **7,36** "
- von jedem verheirateten weiblichen Mitgliede 0,7 und 4,17 = **4,87** "
- von deren Arbeitgeber . . . . . 0,7 und 4,17 = **4,87** "



Verlag von **Fr. Kortkamp** in Berlin W., Lützowstraße 61.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt.

Unter dem Titel: „**Zeitfragen**“ erschienen folgende Broschüren, von denen jede für sich käuflich ist.

#### Abtheilung Gewererecht.

1. **Beiträge zur Patentfrage.** Gfzt. 60 Pf.
2. **Ueber die englische Fabriken- und Werkstätten-Gesetzgebung, in Vergleichung mit der deutschen Gewerbe-Ordnung.** Von Dr. **F. Dronke**, konnigl. Kgl. Fabriken-Inspektor. Geh. 1,50 Mk.

#### Abtheilung Sozial-Politik.

3. **Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung.** Denkschrift des Evangelischen Ober-Kirchenraths. Viertes bis achter Abdruck. Gr. Lex 8°. Gfzt. 15 Pf.  
50 Exemplare und mehr je 8 Pf.
4. **Das Arbeiter-Quartier in Mülthausen im Elsass.** Ein Gang durch dessen Entstehung, Einrichtung und Geschichte, unter Berücksichtigung der vorzüglichsten damit verbundenen Anstalten zum Wohle der Arbeiterklasse. Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage von **Martin Schall**, Garnison-Pfarrer in Spandau, früher Div.-Pfarrer der Kgl. 31. Division in Mülthausen i E 2. vermehrte Aufl. Gr. 8°. Mit 4 Plänen. Geh. 1,60 Mk.
6. **Die soziale Frage und ihre Lösung.** Von einem Kaufmann. Gr. 8°. Gfzt. 15 Pf.
7. **Ausprache des Evang. Ober-Kirchenraths an die Geistlichen und Gemeinden-Kirchenräthe der evang. Landeskirche, betr. ihre Aufgabe gegenüber den aus der sozialistischen Bewegung entstandenen Gefahren.** Gr. 8°. Geh. 15 Pf.  
50 Exemplare und mehr je 8 Pf.
9. **Schutzoll oder Freihandel.** Von einem Kaufmann. Gr. 8°. Gfzt. 15 Pf.
11. **Was will der Fürst Reichskanzler?** Kurze Darstellung der Politik des Fürsten von Bismarck, von **Julius Schulze**, Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern. Gr. 8°. Geh. 50 Pf.

#### Abtheilung Staats- und Verwaltungsrecht.

5. **Die neuen Selbstverwaltungs-Gesetze.** Ein Vortrag von **R. Jelle**, Stadt-Syndikus, Mitglied des Abgeordneten-Hauses. Zweite Ausgabe. Gr. 8°. Preis 15 Pf.
8. **Beschluß des Evang. Ober-Kirchenraths vom 13. Juli 1878 in der Disziplinar-Untersuchungssache wider den Pfarrer Dr. Kalthoff in Nidern, und Erkenntniß des Gerichtshofes für kirchl. Angelegenheiten vom 15. Februar 1879 in der Berufungssache des p. p. Kalthoff.** Gr. 8°. 2 1/2 Bgn. Geh. 40 Pf.  
10 Exempl. 3 Mk., 25 Exemplare 5 Mk.
12. **Zur Tagabondenfrage.** Zwölf Thesen und ein Entwurf zu einem Reichs-Gesetz. Gutachten, erstattet auf Veranlassung des Central-Ausschusses des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit von **Dr. Rudolf Elvers**, Landrath in Wernigerode. Gr. 8°. Geh. 80 Pf.
13. **Alphorismen über den Entwurf eines Unfall-Versicherungs-Gesetzes.** Von **Alb. Püttch**, Civil-Ingenieur und gerichtl. Sachverständiger für Maschinenwesen etc. Gr. 8°. Geh. 40 Pf.
14. **Die Alters- und Invaliden-Versicherung der Arbeiter, Vorschläge zu ihrer Verwirklichung.** Von **Dr. von Steinberg-Skirbo**, General-Arzt z. D. Gr. 8°. Geh. 60 Pf.
15. **Fromme Wünsche für das Deutsche Reich.** Betr.: I. Ein neues Wahlgesetz II. eine feste, sittlich-religiöse Grundlage; III. eine solide finanziell Grundlage für das Deutsche Reich. Gr. 8°. Geh. 50 P



## Entwürfe zu Statuten für Orts- und Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen, sowie für Innungen.

Antliche, bezw. amtlich empfohlene Ausgaben.

Entwurf von Statuten: I. für eine Orts-Krankenkasse, II. für eine Betriebs- (Fabrik-) Krankenkasse, nebst Erläuterungen. Bundesraths-Beschluß vom 13. März 1884. 5 Bgn. Kl. 8°. Druckpapier. Geh. 75 Pf. Geb. 1 Mk.

Entwurf des Statuts für eine Orts-Krankenkasse, nebst Erläuterungen 2c. 6 Bgn. Folio. Schreibpapier (gebrochene Bogen). 75 Pf.

Entwurf des Statuts für eine Betriebs- (Fabrik-) Krankenkasse, nebst Erläuterungen 2c. 4 Bgn. Folio. Schreibpapier (gebr. Bgn.) 50 Pf.

### Ermäßigte Preise für Parthie-Bezüge.

Preis eines Exemplars der Ausgabe auf Druck-	auf Schreibpapier	auf Schreibpapier	
		(Statut für Orts- krankenkassen.)	(für Betriebs- kassen allein.)
bei Abnahme von 12—25 Exempl.	geh. 65 Pf.	geb. 90 Pf.	65 Pf.
" " " 26—50 "	" 60 "	" 85 "	60 "
" " " 51—75 "	" 50 "	" 70 "	50 "
" " " 76—100 "	" 40 "	" 60 "	40 "
" " " 200 "	" 35 "	" 55 "	35 "
" " " 500 "	" 30 "	" 45 "	30 "
" " " 1000 "	" 25 "	" 40 "	25 "

Diefe Ausgaben find amtlich empfohlen.

Entwurf eines Innungs-Statuts auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 18. Juli 1881 nebst Erläuterungen. Amtliche Ausgabe.

a. Auf Schreibpapier, 8 Bgn. Folio (gebr. Bgn.) 7. Auflage. 1 Mk.

b. Auf Druckpapier, 4 Bgn. Kl. 8°. Geh. 3. Aufl. 50 Pf.

### Ermäßigte Preise für Parthie-Bezüge.

Preis eines Exemplars der Ausgabe . .	auf Druck-	auf Schreibpapier
bei Abnahme von 10—20 Exemplaren	45 Pf.	75 Pf.
" " " 25—95 "	40 "	— "
" " " 25—95 "	— "	60 "
" " " 55—95 "	35 "	— "
" " " 100 u. mehr "	30 "	50 "

## Ausgaben des Kranken-Versicherungs- und des Innungs-Gesetzes.

Reichs-Gesetz, betr. die Kranken-Versicherung der Arbeiter. Vom 15. Juni 1883. Text-Ausgabe mit einer den Motiven und dem Kommissions-Bericht entnommenen erläuternden Einleitung und sehr ausführlichem Sachregister. Kl. 8°. Geh. 60 Pf.

Ergänzungsheft dazu, enthaltend die Entwürfe zu Statuten für Orts- und Betriebs-Krankenkassen, sowie die preuß. Ministerial-Anweisung vom 26. November 1883. Geh. 1 Mk. Geb. 1,25 Mk.

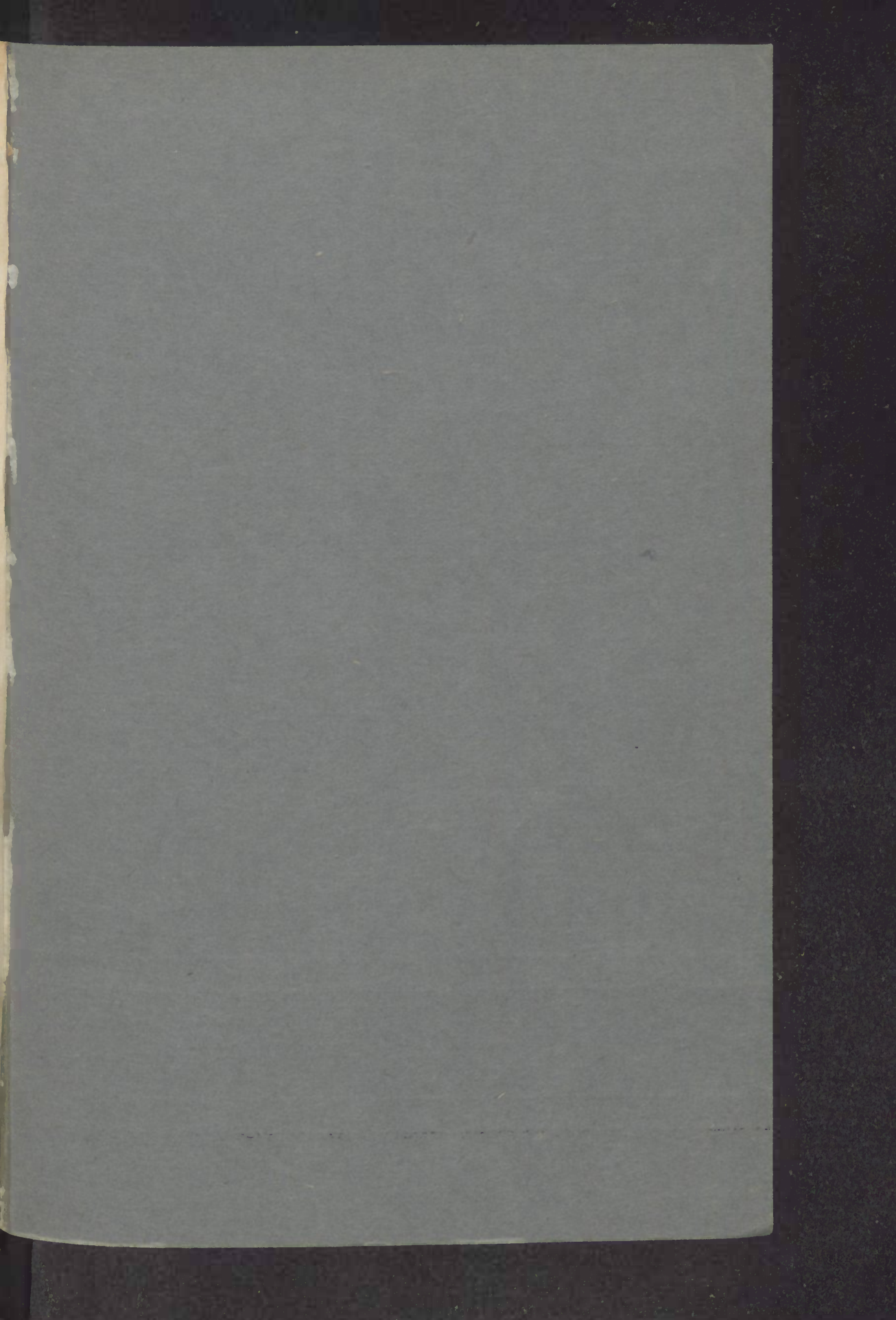
Gesetz und Ergänzungsheft zusammen gebunden 1,80 Mk.

Gesetz vom 18. Juli 1881, betr. Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Innungs-Gesetz). Mit den einschlagenden Vorschriften der Gewerbe-Ordnung und des Hülfskassen-Gesetzes. Nebst Normal-Innungsstatut. Kl. 8°. Geh. 1,60 Mk.

Die Innungen für Gewerbetreibende. Dargest. von F. Caspar, Kaiserl. Reg.-Rath im Reichsamt des Innern. Mit Anhang: Normal-Innungsstatut mit Erläuterungen. Kl. 8°. Geh. 1,60 Mk.

Die Innungen nach dem Reichs-Gesetz vom 18. Juli 1881 und der Reichs-Gewerbe-Ordnung, unter Benutzung der Materialien des Reichstags bearbeitet von L. Jacoby, Geh. Reg.-Rath, Mitglied des Reichstags und des preuß. Abg.-Hauses. Mit Anhang: Normal-Innungsstatut mit Erläuterungen. Gr. 8°. Kartomirt 2,40 Mk.









206\$01467549